



Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4-2022

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2022

Redaktionsnotiz.....	3
Zum 1. Mai.....	6
<i>Kommunistische Organisation: Steigende Preise – niedriger Lohn und Mobilmachung an der Heimatfront.....</i>	6
Der Ukraine-Krieg und die Imperialismusfrage.....	13
<i>Ideologische Kommission der KPD: Gründung und Kontinuität der NATO - der US-Imperialismus beansprucht die Führungsposition in der Welt.....</i>	13

<i>Heinz Ahlreip</i> : Kurze Notiz zum Verhältnis von Ökonomie und Krieg. Ade – wissenschaftlicher Sozialismus.....	19
<i>Frank Flegel</i> : Die imperialistische Dynamik, Russland und der Ukraine-Krieg. Eine Zusammenstellung.....	20
Einige wichtige Aspekte des Revisionismus.....	36
<i>Hermann Jacobs</i> : In der Staatsfrage und in der Ökonomiefrage – zweimal Revisionismus.....	36
<i>Heinz Ahlreip</i> : Die Wurzeln eines 3. Weltkrieges mit atomaren Optionen geht auf das Jahr 1956 zurück.....	57
Zum Internationalen Kindertag - ein Märchen.....	59
<i>Redaktion offen-siv</i> : Vorbemerkung zur Entstehung des Internationalen Kindertages.....	59
<i>Willi Franke</i> : Kinder brauchen Frieden! Zum internationalen Kindertag.....	61
Kommunistische Organisation (KO).....	63
Bericht zur vierten Vollversammlung der Kommunistischen Organisation.....	63
Aus der Leser/innen-Post.....	67

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Bertolt Brecht: An die Nachgeborenen

1

Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten!

Das arglose Wort ist töricht. Eine glatte Stirn
Deutet auf Unempfindlichkeit hin. Der Lachende
Hat die furchtbare Nachricht
Nur noch nicht empfangen.

Was sind das für Zeiten, wo
Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist
Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!
Der dort ruhig über die Straße geht
Ist wohl nicht mehr erreichbar für seine Freunde
Die in Not sind?

Es ist wahr: ich verdiene noch meinen Unterhalt
Aber glaubt mir: das ist nur ein Zufall. Nichts
Von dem, was ich tue, berechtigt mich dazu, mich satt zu essen.
Zufällig bin ich verschont. (Wenn mein Glück aussetzt
Bin ich verloren.)

Man sagt mir: iß und trink du! Sei froh, daß du hast!
Aber wie kann ich essen und trinken, wenn
Ich es dem Hungernden entreiße, was ich esse, und
Mein Glas Wasser einem Verdurstenden fehlt?
Und doch esse und trinke ich.

Ich wäre gerne auch weise
In den alten Büchern steht, was weise ist:
Sich aus dem Streit der Welt halten und die kurze Zeit
Ohne Furcht verbringen
Auch ohne Gewalt auskommen
Böses mit Gutem vergelten
Seine Wünsche nicht erfüllen, sondern vergessen
Gilt für weise.
Alles das kann ich nicht:

Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten!

2

In die Städte kam ich zu der Zeit der Unordnung
Als da Hunger herrschte.
Unter die Menschen kam ich zu der Zeit des Aufruhrs
Und ich empörte mich mit ihnen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.
Mein Essen aß ich zwischen den Schlachten
Schlafen legt ich mich unter die Mörder
Der Liebe pflegte ich achtlos
Und die Natur sah ich ohne Geduld.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.
Die Straßen führten in den Sumpf zu meiner Zeit
Die Sprache verriet mich dem Schlächter
Ich vermochte nur wenig. Aber die Herrschenden
Saßen ohne mich sicherer, das hoffte ich.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.
Die Kräfte waren gering. Das Ziel
Lag in großer Ferne
Es war deutlich sichtbar, wenn auch für mich
Kaum zu erreichen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

3

Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsternen Zeit
Der ihr entronnen seid.
Gingen wir doch, öfter als die Schuhe die Länder wechselnd

Durch die Kriege der Klassen, verzweifelt
Wenn da nur Unrecht war und keine Empörung.

Dabei wissen wir ja:

Auch der Haß gegen die Niedrigkeit
Verzerrt die Züge.

Auch der Zorn über das Unrecht
Macht die Stimme heiser. Ach, wir
Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit
Konnten selber nicht freundlich sein.

Ihr aber, wenn es soweit sein wird
Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unsrer
Mit Nachsicht.

Besser kann man die Lage nicht beschreiben.

Trotz aller Emotionen, trotz all des Kopfschüttelns über die Kriegshetze durch die bürgerlichen Medien, über Volkes ferngelenkte Meinung und über die Verwirrung innerhalb der Linken und auch innerhalb der kommunistischen Bewegung – oder vielleicht gerade all diesen Ekelhaftigkeiten zum Trotz – wollen wir uns in diesem Heft so rational, so wissenschaftlich und ideologisch klar wie möglich mit der aktuellen Situation beschäftigen.

Natürlich ist das in der Kürze der Zeit nicht erschöpfend möglich, aber wir müssen trotzdem damit beginnen.

Und wir würden uns über kritische Rückmeldungen sehr freuen.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Zum 1. Mai

Kommunistische Organisation: Steigende Preise – niedriger Lohn und Mobilmachung an der Heimatfront.

Stellungnahme zum 1. Mai 2022

- **Keine Unterstützung der Rot-Grün-Gelben Kriegsregierung durch die Gewerkschaften!**
- **Keine Waffenlieferungen & keine Aufrüstung – Nein zum 100-Milliarden-Kredit!**
- **Internationale Solidarität statt Spaltung und antirussischer Hetze!**
- **Hoch die internationale Solidarität – Klassenkampf statt Burgfrieden!**

Leere Regale, steigende Preise, Kriegspropaganda, kostspielige Aufrüstungspläne und Waffenexporte in neuen Dimensionen – so sahen die letzten Wochen in Deutschland aus. Aber auch in anderen Ländern greift die kapitalistische Politik die Lebensgrundlage der Arbeiterklasse massiv an. Armut, Hungersnöte und Inflationsraten nehmen weltweit zu. In den bürgerlichen Medien wird propagiert, der Krieg und allen voran Putin sei Schuld an alledem und „wir Europäer“ (zu denen „die Russen“ laut herrschender Meinung nicht zählen) müssen enger zusammenrücken. Die Heimatfront soll also stabil stehen, um gegen andere Nationen Kriege führen zu können.

Heute ist der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Wir dürfen uns nicht entlang nationaler Linien spalten lassen, denn die Kampflinie verläuft zwischen Klassen. Weltweit wird die eine Klasse unterdrückt und ausgebeutet, während die andere diese Ausbeutung und Unterdrückung organisiert, vorantreibt und von diesem Zustand lebt. Es ist also unsere internationalistische Pflicht, gegen die Kriegspläne des deutschen Imperialismus und seine Burgfriedens- und Verelendungspolitik zu kämpfen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, ihre Kollegen, Nachbarn und Kommilitonen aufzuklären, dass sie schon wieder für die deutschen Monopolherren als Kanonenfutter herhalten und gegen ihre Klassengeschwister ins Feld ziehen sollen. Wir müssen unsere

Gewerkschaften zu Organisationen des Widerstands machen und dürfen es der Führung nicht mehr erlauben, sie zu Kollaborateuren der deutschen Kriegsregierung zu machen.

Inflations- und Kriegspolitik

Laut Statistischem Bundesamt lag im März 2022 (vorläufige Zahlen) die Inflationsrate schon bei 7,3 %. Zum Vergleich: 1960 bis 2021 lag die durchschnittliche Inflationsrate bei 2,6 % pro Jahr. Gleichzeitig wurde angekündigt, den Kriegsetat – auch gern Verteidigungshaushalt genannt – von ca. 50 Mrd. € auf 2 % des BIP (das wären aktuell ca. 70 Mrd. €) zu steigern, hierfür soll sogar das Grundgesetz geändert werden. Das ist ein massiver Sprung, um Deutschland in die Lage zu versetzen, eigenständig Kriege führen zu können. Das war schon längst geplant, es fehlte nur noch der richtige Moment, um es durchzusetzen. Der ist nun gekommen und wir sollen dafür zahlen!

Denn für die Arbeiterklasse heißt es zynisch: „Gürtel enger schnallen und am besten so wenig wie möglich Energie verbrauchen, wir müssen sparen für den Krieg gegen ‚den Russen‘“.

Ein weiterer Blick auf die vergangenen Jahre zeigt aber deutlich, dass nicht erst seit dem Beginn der russischen Militärintervention in der Ukraine die Inflation und der „Verteidigungshaushalt“ wachsen. Schon im Jahr 2021 betrug die durchschnittliche Inflationsrate 3,1 %, seit Juli 2021 stieg sie konstant an von 3,8 % bis zu 5,3 % im Dezember vergangenen Jahres. Und das obwohl der Krieg in der Ukraine noch kein Thema in Deutschland war.

Der Kriegsetat stieg von 32,4 Mrd. (2014) auf 46,93 (2021) Mrd. €. Dass die Bundeswehr kaputt gespart wurde, ist also eine blanke Lüge. Auch die Waffenexporte nahmen in den letzten drei Jahren kontinuierlich zu.

Der Krieg wird nun also genutzt, um diese Verarmungs- und Aufrüstungspolitik noch aggressiver fortzusetzen. Denn weder Inflation noch Aufrüstung sind Naturgewalten, mit denen wir jetzt einfach umgehen lernen müssen. Beides ist menschengemacht und kann von Menschen geändert werden. Die Inflation kommt hauptsächlich von den Preiserhöhungen, die die Monopole aus ihrer Machtstellung heraus diktieren, um ihre Gewinne zu

steigern, so lange, wie es irgendwie möglich ist. Angebot und Nachfrage spielen hier nur eine untergeordnete Rolle.

Aber auch der Staat hat ein Interesse an hohen Preisen und hohen Steuern, er kann so die Staatsschulden auf die Arbeiterklasse abwälzen und beispielsweise 100 Mrd. € Sondervermögen in den Militärapparat pumpen. Die Regierung will gleichzeitig höhere Energiepreise, denn sie wollen dass wir weniger verbrauchen. Die sogenannte „CO2-Bepreisung“ der Rot-Grün-Gelben Bundesregierung, als „Anreiz für sparsameren Energieverbrauch und Klimaschutz“ auf die Sektoren Wärme und Verkehr bedeutet nichts anderes. Das wollen sie, weil sie die Importe aus Russland im Sinne der Konfrontationspolitik der NATO senken wollen. Wir sollen also frieren, damit sie ihren Wirtschaftskrieg gegen Russland führen können. Es ist nicht Frieren für den Frieden, sondern im Gegenteil Frieren für die Großmachtpolitik Deutschlands.

Wir kennen dieses Spiel: Durch Kurzarbeit und Jobverlust konnten die Unternehmen bereits während der Corona-Pandemie die Krisenkosten erfolgreich auf die Arbeiterklasse abwälzen, auch das wurde uns als „Solidarität“ verkauft. Beide Faktoren hatten erhebliche Auswirkungen auf die entsprechend sinkenden Bruttolöhne und mit Klassensolidarität hatte das Ganze nichts zu tun.

Schlechte Tarife, starke Sozialpartner

Nach den neusten Ergebnissen des WSI – dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung – erfährt im Jahr 2021 die durchschnittliche Tariflohnentwicklung gerade einmal eine Steigung von 1,7%. Nimmt man nun hier die Inflationsrate von 3,1% (Jahr 2021) hinzu, macht dies einen Reallohnverlust von 1,4%. Die Tarifabschlüsse gleichen daher nicht ansatzweise die Inflation zugunsten der Arbeitenden aus. In den Tarifrunden der letzten beiden Jahre ging es ab und zu darum, dass die Inflationsrate bereits gestiegen war. Der Fakt wurde aber einfach weggewischt mit dem „Argument“, die Inflationsrate werde schon wieder sinken und da müsse man jetzt nicht übersteuern. Wohin uns diese falsche Rücksichtnahme aufs Kapital führt, haben die letzten Verhandlungen deutlich gezeigt.

Vergangenen November verhandelte die Bundestarifkommission (unter anderem VerDi, GEW, GDP, IGBAU) über den Tarifvertrag der Länder – mit

dem Ziel besserer Löhne für ca. 1,2 Millionen Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst. Warnstreiks wurden durchgeführt, doch machte die Kapitalseite deutlich, dass wegen der Pandemie kein Geld da sei. Ein Argument, welches immer zu hören ist, um den Arbeitenden nicht mehr Lohn zu zahlen. Statt zu streiken und sich die groß angekündigte Anerkennung für die Berufe zu holen, die während der Pandemie unter miserablen Arbeitsbedingungen den Laden am Laufen gehalten haben und dabei ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben, schlossen die Gewerkschaften mit der Arbeitgeberseite einen neuen Tarif ab, der im ersten Jahr eine Nullrunde für die Beschäftigten bedeutete und erst ab Dezember 2022 eine Erhöhung von 2,8%. Lieber wird die Corona-Prämie von 1300 € steuerfrei hochgelobt, da sie die vermeintliche Nullrunde ausgleichen würde. 1300 € auf 12 Monate aufgeteilt sind bei den steigenden Kosten aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hinzu kommt, dass solche Einmalzahlungen eine prozentuale Lohnerhöhung verhindern und somit den Reallohn senken, da die Preise nicht einmalig erhöht und dann wieder gesenkt werden. Dennoch wurde mit dem Tarifabschluss ein Lohnkampf für die nächsten zwei Jahre – dank der Friedenspflicht – verunmöglicht. Das zeigt, wie schwach die Gewerkschaften in Deutschland sind und wie praktisch es für die Kapitalisten ist, solch einen schwachen und „netten“ Partner zu haben.

War es dort nun das Argument der Pandemie, ist es dieses Jahr das Argument des Krieges bei der IG BCE, die erst kürzlich über den TV Chemie verhandelt hatte – für ca. 580.000 Tarifbeschäftigte, die nun bis Oktober mit dem Brückengeld von 1400 €, zzgl. Versteuerung, auskommen müssen. Statt die Arbeitenden und ihre Interessen zu vertreten, soll lieber im Oktober neu bewertet werden, welche Auswirkungen der Krieg auf die vermeintlich leidenden Unternehmen hat. Das Leid der Arbeiterklasse in Deutschland spielt hier eine untergeordnete Rolle, das der Arbeiter in der Ukraine und Russland sowieso.

Regierung und DGB – Hand in Hand

Seit Kriegsbeginn hat die herrschende Klasse einen vermeintlich neuen Grund für die angespannte Lage und die Abwälzung der Kosten auf die Arbeiterklasse. So beginnt nun die groß-angekündigte „Zeitenwende“ von Bundeskanzler Scholz zur Aufrüstung der Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. €, wengleich an allen Ecken und Enden gespart werden muss, weil kein Geld

da sei. Hieß es nicht eben noch wenige Monate vorher, dass im öffentlichen Dienst keine besseren Löhne gezahlt werden könnten, weil die Kassen leer seien? Zwar gibt es gewerkschaftliche Stimmen gegen diese Milliardensummen, aber die Beurteilung des Krieges und die Befürwortungen der Sanktionen laufen ganz getreu der Linie der Kapitalisten und ihres Staates. Bereits am 25. Februar hatte sich die IG-Metall-Führung hinter die Bundesregierung gestellt und die Sanktionen befürwortet, aber auch betont, Waffenlieferungen in die Konfliktregion lehne sie ab und unterstütze hier den aktuellen Kurs und die Haltung der Bundesregierung.

Bereits die Befürwortung der Sanktionen ist ein Skandal. Die Sanktionen sind ein starker Angriff auf die russische Arbeiterklasse, sie leidet bereits jetzt unter dem Absturz des russischen Rubels, ihre Kaufkraft sinkt und ihre Verelendung nimmt zu. Und all das unter Befürwortung der deutschen Gewerkschaften. Das hat nichts mit Klassensolidarität zu tun. Sanktionen sind ein politisches Kriegsmittel kapitalistischer Staaten, um die Bevölkerung gegen ihre Regierung aufzubringen. In Kuba wird diese Politik von den USA bereits seit einem halben Jahrhundert eingesetzt, um Hunger, Elend und Leid zu provozieren.

Seitdem die Bundesregierung nun auch Waffen liefert, schweigt der IG-Metall-Vorstand. Eine Woche später wird dann auch der Schulterschluss mit dem Kapital geübt und in einer gemeinsamen Erklärung mit Gesamtmetall verlautbart: „Angesichts der völkerrechtswidrigen Aggression Russlands sind die Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Russland eine unausweichliche und richtige Antwort. Dass diese Sanktionen auch für Deutschland, seine Wirtschaft und ihre Beschäftigten ihren Preis haben werden, ist nicht zu vermeiden.“

Die eigene Verantwortung für die verschlechterte Lebenslage der Arbeiterklasse wird natürlich geleugnet und die Beschäftigten werden auch nicht zum Kampf gegen die Kriegs- und Verteuerungspolitik aufgerufen. Die Heimatfront steht in Deutschland also stabil.

Dass das auch anders geht, zeigen Gewerkschaften in anderen Ländern wie Italien und Griechenland. In Athen haben beispielsweise Anfang April mehrere Tausend Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem 24-Stunden-Streik gegen die Erhöhung der Lebensmittel- und Benzinpreise und gegen jede

Beteiligung des griechischen Staates am imperialistischen Krieg der NATO in der Ukraine protestiert.

In Deutschland wurde zur Beschwichtigung nun die Energiekostenpauschale vom Bundesfinanzminister Christian Lindner angekündigt – 300 € für alle einkommenssteuerpflichtigen Arbeitnehmer. Das heißt real netto ca. 150 € je nach Lohnsteuerklasse; Rentner, Auszubildende und Minijobber werden mit den hohen Kosten allein gelassen – sofern sie nicht eh schon durch ihre schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Renten gezwungen sind, mittels Sozialleistungen aufstocken zu müssen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass dieses Geld annähernd reichen würde.

Die Unterstützung der Gewerkschaften für die deutsche Kriegspolitik beinhaltet aber auch deren Duldung der Faschisierung der Ukraine. In der Ukraine kämpfen von der NATO ausgebildete Faschisten mit den aus Deutschland gelieferten Waffen. Im März diesen Jahres wurde das Arbeitsgesetz der Ukraine massiv verschlechtert und erinnert an die Herstellung des Betriebsfriedens, des Führerprinzips und die Zerschlagung der Gewerkschaften im deutschen Faschismus. Tarifverträge können nun einseitig aufgekündigt werden und Gewerkschaften dienen als staatliche Kontrollorgane und nicht mehr als Akteure in Tarifauseinandersetzungen. Die Faschisten, die am 2. Mai 2014 in Odessa ein Massaker im Gewerkschaftshaus angerichtet haben, sind nach wie vor auf freiem Fuß und werden von Teilen der ukrainischen Regierung sogar bejubelt, genau wie andere Faschisten wie Stepan Bandera. Die Führungen der DGB-Gewerkschaften schweigen hierzu. Doch wir haben unsere grausam ermordeten Kolleginnen und Kollegen nicht vergessen. Wir haben auch nicht vergessen, dass es wieder deutsche Politiker, wie Steinmeier (SPD) und Baerbock (Grüne) waren, die den ukrainischen Faschisten die Hände geschüttelt, ihnen Waffen und Geld geliefert haben. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen auf, gegen den Faschismus aufzustehen und keine Relativierung und Verharmlosung der Faschisten zuzulassen.

Gleichzeitig soll nun auch schweres Kriegsgerät an die Ukraine geliefert werden und der Krieg wird so mit deutscher Unterstützung und deutschen Waffen am Laufen gehalten. Während GEW und VerDi die geplanten Aufrüstungsvorhaben und Waffenlieferungen kritisieren, hüllen sich die Industriegewerkschaften in Schweigen.

Es scheint egal zu sein, dass in den Satzungen der Einzelgewerkschaften und auch des DGB Antifaschismus, Abrüstung und Verbot von Waffenexporten als zentrale Ziele festgehalten sind. Im Zweifelsfall üben die Gewerkschaftsführungen den Schulterschluss mit dem Staat und seinen Kapitalisten, um deutsche Interessen international durchzusetzen. Diese tödliche Burgfriedenspolitik hat auch schon zu Beginn des 1. Weltkrieges der Antikriegs- und Arbeiterbewegung das Genick gebrochen und unzählig viele Tote verursacht. Und auch die militärische Aufrüstung der BRD in den 1950er Jahren, der – mit Millionen koreanischer Toter und der dauerhaften Spaltung Koreas erkaufte – sogenannte „Korea-Boom“ oder der deutsche Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 wäre ohne den Schulterschluss der Gewerkschaften mit dem Staat nicht möglich gewesen.

Kommunistische Bewegung am Boden – doch was tun?

Solange die kommunistische Bewegung am Boden ist, wird sich an diesem Zustand auch nichts ändern: Die Gewerkschaften werden eine wichtige Stütze des Systems bleiben und nicht wie von Karl Marx einst gefordert zu Sammelpunkten des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Aktuell hat die Sozialdemokratie jedoch die Gewerkschaften und auch die Friedensbewegung fest in ihrer Hand. So schafft die Regierung es unter irreführenden Slogans der Solidarität und des Friedens antirussischen Rassismus, Aufrüstung und Kriegsexporte durchzusetzen und wird von Teilen der Gewerkschaften, der linken und Friedensbewegung sogar noch bejubelt. Um dem Kriegstreiben einen Riegel vorzuschieben und wirklich in Frieden und Solidarität leben zu können, müssen wir dem deutschen Staat und seinen Konzernen das kapitalistische Rückgrat brechen.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung hat den 1. und den 2. Weltkrieg beendet und nur sie wird auch einen 3. Weltkrieg verhindern können. Es waren die revolutionären, inhaltlich klaren und straff organisierten Bolschewiki, die im Oktober 1917 den 1. Weltkrieg beendet haben. Und es war die Rote Armee gemeinsam mit den Partisanen- und Widerstandsorganisationen in ganz Europa, die 1943 bis 1945 die deutsche Wehrmacht immer wieder in die Knie zwangen und letztendlich den 2. Weltkrieg beendeten.

Historisch war es die kommunistische Bewegung, die gegen Sozialpartnerschaft, Burgfrieden und somit die Aufstellung der Heimatfront

und für Gewerkschaften als Kampforganisationen gegen Krieg und Kapital kämpfte.

Doch die kommunistische Bewegung ist international in einer tiefen Krise. Auch in der Einschätzung des aktuellen Konflikts in der Ukraine hat sie keine einheitliche Position und Handlungsorientierung zu bieten. Es wird deutlich, dass sehr unterschiedliche Imperialismusverständnisse ihren Verlautbarungen zu Grunde liegen. So gibt es keine kommunistische Internationale und auch keine Kommunistische Partei in Deutschland, die in der Lage wäre, der aktuellen Kriegs- und Verelendungspolitik der Herrschenden etwas entgegenzusetzen.

Auch wir als Kommunistische Organisation haben keine Klarheit und Einheit in der aktuellen Situation. Aber uns ist bewusst, dass es dringend notwendig ist, dass wir einen klaren Standpunkt zum Krieg in der Ukraine entwickeln. Deshalb organisieren wir einen Kongress im September, um uns diesen Fragen zu widmen und uns einem solchen Standpunkt anzunähern. Nur so wird der Aufbau einer Kommunistischen Partei und auch der Aufbau einer Antikriegsbewegung und einer kämpferischen Gewerkschaftsfront möglich sein, durch Klarheit, Einheit und Organisation!

Der Ukraine-Krieg und die Imperialismusfrage

Ideologische Kommission der KPD: Gründung und Kontinuität der NATO - der US-Imperialismus beansprucht die Führungsposition in der Welt

Gegründet wurde die NATO zum Zweck der „Eindämmung des Kommunismus“, wie es so schön hieß. Nach der Konterrevolution 1989/90/91 erübrigte sich zwar diese Zielstellung, die NATO wurde aber weiter am Leben erhalten, ab jetzt ganz offen, also ohne weltanschauliches Schattenboxen, als Instrument des US-Imperialismus und seiner Verbündeten zur Durchsetzung und Zementierung ihrer Interessen – jetzt auch „out of area“, also weltweit.

Die Vorgeschichte der NATO-Gründung

Am 8. Mai 1945 (Berlin-Karlshorst) kapitulierte das faschistische Deutsche Reich, damit war der II. Weltkrieg in Europa beendet. Da das am 8. Mai abends nach 22.00 Uhr geschah, war es in Moskau bereits der 9. Mai. Nach der Kapitulation herrschten Illusionen in eine neue Phase der Kooperation und Entspannung, die UNO wurde gegründet, es entstanden antifaschistische Einheitsregierungen in einigen europäischen Ländern, auch in westeuropäischen, aus denen allerdings die kommunistischen Parteien als erste wieder hinausflogen. Es sei hier kurz erwähnt, dass diese Illusionen in einigen westlichen kommunistischen Parteien, so der französischen und der italienischen, tiefe Spuren hinterließen, also parlamentarische Orientierung, später Eurokommunismus, schließlich „Mutation“ der französischen bzw. Selbstauflösung der italienischen Partei. Aber das nur am Rande.

Die herrschenden Kreise des Monopolkapitals waren da realistischer und vor allem schneller. Bei der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) nahm Truman als Nachfolger des gerade verstorbenen Roosevelt in einer Pause Stalin zur Seite und eröffnete ihm, dass die USA eine neue Superwaffe entwickelt hätten, die Atombombe. Stalin soll diese Nachricht sehr gelassen aufgenommen haben, wird berichtet. Zurück in Moskau berief Stalin aber sofort einen Arbeitsstab ein aus Militärs, Wissenschaftlern und Technikern, die den Auftrag bekamen, so schnell wie möglich eine sowjetische Atombombe zu entwickeln. Am 6. August 1945, vier Tage nach Ende der Potsdamer Konferenz, warfen die USA die Atombombe auf Hiroshima ab, am 9. August folgte diejenige auf Nagasaki. Diese beiden Atombomben waren nicht mehr kriegsentscheidend, Japan lag bereits am Boden und kapitulierte am 2. September 1945. Diese beiden Atombomben waren das Signal der USA an die Sowjetunion, dass nun Schluss sei mit der Allianz der beiden, wie sie im II. Weltkrieg mehr schlecht als recht als „Anti-Hitler-Koalition“ bestanden hatte. Der weltpolitische Strategiewandel der USA hatte das erste Signal gesetzt.

Am 5. März 1946 hielt Churchill, damals Premierminister Großbritanniens, seine berühmte „Fulton-Rede“, sprach darin vom „eisernen Vorhang“ und läutete so den Wandel ein weg von der Politik der Kooperation, hin zur Politik des „Containments“, also der Eindämmung des Kommunismus. Im März 1947 verkündeten die USA die „Truman-Doktrin“, wonach sich die USA zur Schutzmacht des Iran sowie der Türkei und Griechenlands erklärten, um

jegliche sowjetische Einflussnahme zu verhindern. Verbunden mit der „Truman-Doktrin“ war der „Marshall-Plan“ zum wirtschaftlichen Wiederaufbau West- und Südeuropas, auch hier mit dem Hintergrund, den Sozialismus einzudämmen. Im Februar 1948 scheiterte die antifaschistische Einheitsregierung in der Tschechoslowakei, die bürgerlichen Minister traten zurück, woraufhin die Kommunistische Partei, unterstützt von Massendemonstrationen, sämtliche Minister stellte und die Tschechoslowakei Kurs auf den Aufbau des Sozialismus nahm. Am 20 Juni 1948 wurde in einer geheimen Nacht-und-Nebel-Aktion in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands die D-Mark eingeführt und damit die bis dahin in ganz Deutschland gültige Reichsmark als Zahlungsmittel abgelöst und damit in den Westzonen wertlos gemacht. Das brachte für die Ostzone die unmittelbare Gefahr einer galoppierenden Inflation mit sich, da nun die im Westen wertlose Reichsmark in Massen nach Ostdeutschland floss. Die sowjetische Militäradministration stoppte bzw. kontrollierte den gesamten Personen- und Warenverkehr, trotzdem sollen innerhalb weniger Tage über 90 Millionen Reichsmark in die Ostzone eingesickert sein. Diese Zahl ist eine Schätzung, denn selbstverständlich konnte der illegale Zufluss der Reichsmark nicht exakt behördlich erfasst werden. Wegen der drohenden Inflationsgefahr musste nun auch in der Ostzone eine Währungsreform her. Zum Übergang wurden die Scheine der Reichsmark mit so Wertaufklebern versehen (sog. Tapetenmark). Am 24. Juli 1948 wurde die neue Währung, die „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ (sog. „Ostmark“) offiziell. Und im Juni 1948 verhängte die Sowjetunion, nicht unwesentlich mit verursacht durch diese Provokation der Westmächte, die so genannte Berlin-Blockade.

Die Gründung der NATO

Das war die Situation am Vorabend der NATO-Gründung. Im März 1948 hatten sich bereits Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg zu einem Bündnis u.a. zur „kollektiven Selbstverteidigung“ zusammengeschlossen. Seit Juli 1948 wurden Beratungen zur Gründung eines „Verteidigungsbündnisses“ mit den schon genannten europäischen Staaten, Kanada und den USA aufgenommen, am 4. April 1949 erfolgte die Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages dann durch Belgien, Dänemark (mit Grönland), Frankreich (mit Algerien), Großbritannien (mit Malta), Island, Italien, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal

und den USA. Der Vertrag trat am 24. August 1949 in Kraft, die NATO war gegründet, und der Vertrag sollte für 20 Jahre gelten. Zur historischen Einordnung: Am 23. Mai 1949 ist die BRD, am 7. Oktober 1949 die DDR gegründet worden. Am 29. August 1949 testete die Sowjetunion erfolgreich ihre erste Atombombe. Am 1. Oktober 1949 rief Mao Zedong auf dem Tian'anmen-Platz in Peking vor 300.000 Menschen die Volksrepublik China aus.

Um welche unvorstellbaren militärischen Größenordnungen es in den Planungen des NATO ging, zeigen die folgenden Zahlen: So war Ende 1952 die Aufstellung von 18 Panzerdivisionen und 71 Infanteriedivisionen vorgesehen, und bis Ende 1954 sollten 8004 Kampfflugzeuge, 672 Transportflugzeuge, 2382 Marine- und Trägerflugzeuge, 31 Flugzeugträger, 2 Schlachtschiffe, 29 Kreuzer, 920 Zerstörer und 107 U-Boote zur Verfügung stehen. Die Strategie der Spannung hatte eine starke militärische Komponente bekommen, die Sowjetunion musste, wollte sie überleben, dagegenhalten, damit aus dem Kalten Krieg kein heißer würde.

Die NATO und die BRD

In der BRD waren inzwischen die alten Nazis wieder in Amt und Würden, Kanzleramtsberater, Geheimdienstchefs, die Remilitarisierung und damit die entstehende Bundeswehr sowie das Richterwesen waren alle klar in Nazi-Hand – von den Bildungsinstitutionen wollen wir lieber gar nicht erst reden. Die Remilitarisierung und Gründung der Bundeswehr war gegen heftigen Widerstand durchgesetzt worden, so war z.B. Philipp Müller 1952 bei einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung der BRD in Essen erschossen worden, als die Polizei das Feuer auf die Demonstranten eröffnete. Dass das Gericht hier eine „Notwehrsituation“ der Polizei feststellte und die Schützen freisprach, sei hier nur am Rande erwähnt. Ebenfalls im Jahr 1952, am 18. Februar, wurden Griechenland und die Türkei NATO-Mitglieder.

Die Remilitarisierung der BRD war die Voraussetzung dafür, dass sie am 23. Oktober 1954 zum Beitritt in die NATO „eingeladen“ wurde, der dann am 9. Mai (!) 1955 feierlich vollzogen wurde. In der Folge dieses Beitritts der BRD zur NATO wurde am 14. Mai 1955 der „Warschauer Pakt“ gegründet. 1969 wurde die 20-jährige Gültigkeit der NATO-Verträge auf unbestimmte Zeit

verlängert. Im Jahr 1982, nach Ende der Franco-Diktatur, wurde Spanien Mitglied der NATO.

Die NATO nach 1989/90/91

Einen wahrhaftig gigantischen Mitgliederzuwachs verzeichnete die NATO dann nach der Konterrevolution in Europa ab den späten 1990er Jahren und in den 2000ern:

1997 wurden Polen, die Tschechische Republik und Ungarn Mitglieder.

Am 24. März 1999 griffen 19 NATO-Staaten (darunter auch die BRD) mit 200 Flugzeugen die Bundesrepublik Jugoslawien an und bombardierten dort militärische und zivile Ziele, ohne dafür ein UN-Mandat zu haben und ohne dass ein Mitgliedsland angegriffen und so der Bündnisfall der NATO ausgelöst worden wäre. Verurteilt wurden danach nicht die Aggressoren, sondern u.a. der serbische Präsident, der während des Prozesses gestorben ist. Es besteht der Verdacht, dass er ermordet wurde, denn in seinem Blut wurden bei der Obduktion hohe Mengen eines Antibiotikums gefunden, dass die Wirkung von Herzmedikamenten, die Milosevic einnehmen musste, aufhebt. Kein Arzt hatte ihm dieses Antibiotikum verschrieben.

2004 wurden Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien sowie Estland, Lettland und Litauen in die NATO aufgenommen, 2008 folgten Albanien und Kroatien. Und die Erweiterung der NATO ging weiter: 2009 trat Frankreich, das 1966 ausgetreten war, wieder der NATO bei. 2017 wurde Montenegro aufgenommen und 2020 Nordmazedonien. Mit Bosnien und der Herzegowina laufen derzeit Aufnahmeverhandlungen und es ist die Rede davon, dass Finnland und Schweden binnen einiger Wochen über einen Aufnahmeantrag in die NATO entscheiden wollen..

Der US-Imperialismus und die führenden Staaten des EU-Imperialismus, hier allen voran die BRD, siehe Baerbock, die offen davon spricht, dass die Partnerländer jetzt Deutschlands „Führung“ erwarten würden, haben sich einen riesigen Gürtel von Satelliten-Staaten geschaffen, die als Aufmarschplätze, Startbahnen und Abschussrampen im Ringen um einen Spitzenplatz in der imperialistischen Konkurrenz nützlich sein können.

Es sei hier wiederholt, dass Russland einst versprochen worden war, dass es keine Osterweiterung der NATO geben werde... Selbstverständlich wissen

wir, dass im imperialistischen Getriebe keine Versprechungen gelten, sondern Märkte, Zugriff auf Rohstoffe und billige Arbeitskräfte, dass Einflusszonen, Konkurrenzen und Spannungen die entscheidenden Parameter sind.

Die aktuelle deutsche Bundesregierung steht nicht nur in eindeutiger Kontinuität zur Politik der NATO, sondern gehört zu den Scharfmachern im Bündnis. Auch wenn man sich mit einem sofortigen Stopp russischer Gaslieferungen schwer tut, weil man Engpässe bei der Energieversorgung der deutschen Großindustrie befürchtet, so steht der Kompass klar auf Embargopolitik und Isolierung Russlands, größere Nähe zu den USA, Fracking-Gas-Lieferungen von dort - in Windeseile sollen dazu Seehäfen umgebaut werden - und Waffenexport in die Ukraine. 100 Milliarden Euro zusätzlich für die Bundeswehr sprechen für sich. Bei der Waffenlobby knallen die Sektkorken und den bürgerlichen Medien und der Rhetorik der Bundesregierung zufolge heißt „Frieden schaffen“ heutzutage Kampf gegen Russland bzw. gegen Putin, der als Inkarnation des Bösen dargestellt wird.

Abschließen möchten wir diesen Artikel wegen dieser Personalisierung durch die bürgerliche Presse und ihre elektronischen Medien, die die Verhältnisse verschleiert und die Menschen verdimmt, mit einem Lenin-Zitat, das sich auf den I. Weltkrieg bezieht, aber sehr gut auf die heutige Situation in der Ukraine passt und an das uns die April-Ausgabe des RotFuchs im Leitartikel von Arnold Schölzel erinnert hat:

„Von allen Theorien die primitivste ist wohl die vom Kriegs-`Anstifter´: `Man hat uns überfallen, wir verteidigen uns; die Interessen des Proletariats erfordern, dass den Störenfrieden des europäischen Friedens Einhalt geboten wird.´ Es ist die alte Leier, so wohl bekannt aus all den Regierungserklärungen und aus all den Deklamationen der bürgerlichen und der gelben Presse der ganzen Welt. (...) In Anbetracht der konkreten Situation, der man Rechnung tragen müsse, habe man vor allem den Anstifter des Kriegs festzustellen und mit ihm abzurechnen, alle übrigen Fragen aber habe man aufzuschieben bis zum Eintreten einer anderen Situation. (...)

Die Dialektik verlangt aber allseitige Untersuchung der betreffenden gesellschaftlichen Erscheinung in ihrer Entwicklung und Zurückführung des Äußerlichen und Scheinbaren auf die grundlegenden Triebkräfte, auf die Entwicklung der Produktivkräfte und auf den Klassenkampf. ... Die

Geschichte beweist aber unwiderlegbar, dass gerade die Besitzergreifung von Kolonien (heute müsste man sagen: der Neokolonialismus; d.Red.), der Raub fremder Länder und die Verdrängung und Ruinierung des erfolgreichen Konkurrenten in der Politik der beiden nun kriegführenden Mächtegruppen die Hauptsache darstellen“ (W.I. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, Werke Bd. 18)

Heinz Ahlreip: Kurze Notiz zum Verhältnis von Ökonomie und Krieg. Ade – wissenschaftlicher Sozialismus

Um auf den gegenwärtig, seit dem 26. Februar 2022 akut stattfindenden Krieg um die Ukraine einzugehen, so wird dieser Krieg in der Regel, besonders in den großen bürgerlichen Zeitungen, als ein von jeglicher ökonomischen Basis freier gedeutet.

Krieg und Frieden schweben nicht in der Luft. Nichts steht fester, so Engels in Anti-Dühring, mit beiden Beinen auf ökonomischem Boden als der Krieg. Zu den Geheimnissen der modernen Kriege gehört, dass sie sich als Reflex der hauptantagonistisch angelegten ökonomischen Basis einer Gesellschaft entwickeln.

Somit steht die Frage im Raum, wie hängen die Kriege der Neuzeit mit dem ökonomischen Hauptwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft, dem zwischen Lohnarbeit und Kapital als der Basis von allem, zusammen? Wenn Marx und Engels im Manifest schreiben, dass seit Dezennien die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse sei (Vergleiche Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Werke Band 4, Dietz Verlag, Berlin, 1960,467), so sind von dieser Überlegung aus die revolutionären Bürgerkriegen der Moderne zu begreifen.

Überhaupt sind alle Kriege, auch der gegenwärtige sogenannte ukrainische, auf die gegenwärtigen Produktivkräfte und die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse zurückzuführen.

In den meisten „Analysen“ des Krieges und in den Berichterstattungen findet man davon nicht mal die Spur eines Hauches, selbsternannte Militärexperthen

vergessen die ökonomische Basis des Krieges, der so für sie zwischen Himmel und Erde schwebt.

Ade – wissenschaftlicher Sozialismus!

Frank Flegel: Die imperialistische Dynamik, Russland und der Ukraine-Krieg. Eine Zusammenstellung.¹

Vorweg sei gesagt: Es geht nicht darum, für oder gegen Russland, für oder gegen Putin zu sein, sondern um eine wissenschaftliche Analyse des tatsächlichen Charakters eines jeden Landes, ohne Mystifizierungen und Idealisierungen, die danach streben, die Analyse des einen oder anderen Landes von seiner ökonomischen Basis zu trennen.

Deshalb bitten wir Euch eindrücklich, die hier dargestellten Analysen und Berichte ernst zu nehmen. Wir bringen zum dritten Mal – nun in Auszügen – die Analyse von Emiliano Cervi und Salvatore Vicario: „Die Notwendigkeit der Klarheit über die ökonomische Struktur Russlands“, aus der indischen Zeitschrift: „Revolutionary Democracy“, den wir für die September-Oktober-Ausgabe der offen-siv 2016 aus dem Englischen übersetzt hatten und in der diesjährigen März-April-Ausgabe nochmals brachten. Und wir bringen Auszüge aus zwei Artikeln der neuen Ausgabe der Kommunistischen Arbeiterzeitung über den internationalen Energiemarkt. Beide Arbeiten halten wir für sehr aufschlussreich und sehr grundlegend – sonst würden wir sie hier nicht in Auszügen bringen.

Anhand der folgenden vier Punkte soll eine Einschätzung und ein Überblick versucht werden.

1. Kurze Analyse der russischen Wirtschaft.
2. Das aktuelle Handeln des US-, EU- und BRD-Imperialismus (incl. NATO).
3. Analogien zur Situation vor dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg und das Handeln der Kommunisten damals.
4. Schlussfolgerungen für die kommunistische Bewegung heute.

Kurze Analyse der russischen Wirtschaft

¹ Dieser Zusammenstellung liegt eine Zuarbeit für die Ideologische Kommission der KPD zugrunde. Für die Veröffentlichung wurde sie leicht umgearbeitet.

Für Russland begann die Konterrevolution in den letzten Jahren der Sowjetunion, der Gorbatschow-Zeit, als dadurch, dass immer mehr Produktionszweige teilweise privatisiert wurden, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln in der Sowjetunion zerstört und schließlich die Sowjetunion aufgelöst wurde.

In der Jelzin-Zeit gab es unkontrollierte Privatisierungen und den Ausverkauf der Filetstücke der russischen Wirtschaft an westliches Kapital. „Spätestens seit 1995 ist der US-amerikanischen Administration klar bewusst, dass nach dem Zerfall des sozialistischen Weltsystems `rentable Diversionen` zugunsten der USA fällig würden, wenn es gelänge, den mächtigen russischen Militärblock aus dem Weg zu räumen. Damit wäre der Zugriff auf die Ukraine und Russland sowie schlussendlich auf Eurasien insgesamt und die Hegemonie der USA auf Jahre gesichert. Heute wissen wir auch, dass die USA und ihre Verbündeten `diverse strategische Rohstoffe im Wert von 15 Milliarden US-Dollar, dazu hunderte Tonnen Gold, Edelsteine usw. bekommen haben. Für winzige Summen wurden uns mehr als 20.000 Tonnen Kupfer, fast 50.000 Tonnen Aluminium, 2.000 Tonnen Cäsium, Beryllium, Strontium usw. übergeben. ... Nachdem wir die ideologischen Grundlagen der UdSSR erschüttert hatten, konnten wir ohne Blutvergießen den Staat, der die Hauptkonkurrenz für Amerika darstellte, aus dem Kampf um die Weltherrschaft ausschließen.“²

Das war die Situation nach der Konterrevolution. Aber die russische Bourgeoisie richtete sich auf und mit der Ära Putin begann eine andere Epoche. Die Sowjetunion hatte eine zentralisierte Schwer- und Großindustrie hervorgebracht. Aus deren Trümmern entwickelte sich das russische Großkapital und dieses sowjetische Erbe war die Ursache dafür, dass die Herausbildung kapitalistischen Monopolkapitals in Russland keine Jahrzehnte dauerte, sondern wesentlich schneller ablief, indem die führenden Großbetriebe in Privateigentum übergingen.

² Manfred Pohlmann, „Ideologischer Klassenkampf“, UZ, 22.4.2022, S.15. Die Binnenzitate (`...`) stammen aus einem Bericht einer geschlossenen Beratung des „Vereinigten Komitees der Stabschefs der USA“.

Russland wurde ein kapitalistisches Land und wir sind beim ersten Kriterium, das Lenin für die Entwicklung des Imperialismus angibt, der Bildung von Monopolen.

„Während der Reichtum in der UdSSR der Wohlfahrt des Volkes diene, das waren die Industrialisierung, Dienstleistungen, Gesundheitsfürsorge, Verkehr, Bildung, Erziehung, Sicherheit und Frieden, dient heute der Reichtum der ehemaligen Sowjetrepubliken dazu, die Brieftaschen der Manager, Spekulanten, Banken wie Sberbank, VTB-Bank, Alfa Bank, Raffinose-Bank oder der Blagosostoyanie und großen Kapitalgesellschaften wie Gazprom, Rosneft, Lukoil, Rusal usw. zu füllen. Sie alle sind verbunden mit den politischen Institutionen, wie wir bei den nächsten Details sehen werden.

Wir werden auch auf Statistik zurückgreifen, um die Argumentation zu stützen: Die Statistik über den Kapitalexport Russlands ist sehr interessant. In den ersten Jahren des „neuen Russland“, den 90er Jahren, war der Anteil russischen Kapitals, das in den Rest der Welt exportiert wurde, sowohl statistisch als auch ökonomisch verschwindend gering. Es gab eine Kapitalflucht aus Russland (was nicht das Gleiche ist wie ein Kapitalexport) und die westlichen Neokapitalisten, die die Filetstücke der russischen Industrie erworben hatten, zogen jährlich rund 15 – 20 Milliarden Dollar aus Russland ab. Das Land war im Prozess auszubluten. Mit dem Ende der Jelzin-Regierung änderte sich die Situation, der russische Kapitalismus entwickelte sich in eine neue Phase, in welcher sowohl das industrielle als auch das Bankkapital schnell wuchsen und der Kapitalexport eine zunehmend größere und inzwischen die wichtigste Rolle einnimmt. Das ist die Entwicklung, die, sich von Jahr zu Jahr verstärkend und konsolidierend (nur die Krise 2007/8 verlangsamte den Prozess vorübergehend etwas), Russland zu einem komplett imperialistischen Land macht.

Hier die gerundeten Zahlen, Kapitalexport Russlands in Mrd. Dollar³

2000:	37
2001:	44
2002:	70
2003:	153

³ Source: Our graph bases on figures from the World Bank

2004:	152
2005:	368
2006:	562
2007:	747
2008:	371
2009:	443
2010:	558
2011:	534
2012:	794

(...) Die UNCTAD⁴-Daten für die Jahre von 2000 bis 2012 zeigen, dass der Zustrom von FDI⁵ (ein sehr wichtiges Kriterium für die Internationalisierung der Produktion) in die BRICS-Staaten⁶ sich mehr als verdreifacht hat und nach der Krise 2008 im Jahr 2012 knapp 20 % der weltweiten Auslands-Investitionen ausmachte – verglichen mit 6 % im Jahr 2000. (...)

Nach den Angaben der Forbes-Liste gibt es heute 110 Dollar-Milliardäre in Russland, deren Privatvermögen rund 320 Milliarden Dollar beträgt, damit liegt Russland, was diese Größenordnung angeht, auf Platz drei nach den USA und China. ... In der Forbes-Liste der 100 größten Monopole der Welt sind 28 russische aufgezählt, wie z.B. Gazprom, Lukoil, Rosneft und Sberbank. Die russische Ökonomie ist hoch konzentriert; in vielen Sektoren ist die Konzentration höher als in den USA oder in Deutschland. Zum Beispiel lag der Anteil, den die 10 größten Monopole Russlands im Jahr 2006 am Bruttoinlandprodukt hatten, bei 28,9 %, während er sich in den USA nur auf 14,1 % belief. Die meisten Sektoren der Ökonomie in Russland sind hoch konzentriert, z.B. der Energiesektor, der Maschinenbau, das Transportwesen und die Lebensmittelproduktion. Wir können feststellen, dass wir es in Russland mit einem Monopolkapitalismus zu tun haben, der hoch konzentriert ist und eine starke staatliche Präsenz zeigt.

⁴ United Nations Conference for Trade and Development (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung)

⁵ Foreign Direct Investment (Direkte Auslandsinvestitionen)

⁶ BRICS ist ein Wirtschaftsbündnis zwischen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika

Was die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital angeht: dies ist längst geschehen. Die Sberbank ist eine der größten Banken der Welt, aber die VTB-Bank, die Alfa-Bank und die Raffineer-Bank spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle in der russischen Ökonomie. Die großen Banken sind eng verflochten mit dem Industriekapital, man hält gegenseitig Aktien und sitzt gegenseitig in den Aufsichtsräten. Manche Banken sind direkte Gründungen des Industriekapitals wie die Gazprom-Bank, Uralsib, Promsvjas-Bank.

Die Gazprom-Gruppe besitzt die Gazprom-Bank und den privaten Pensionsfonds „Gazfonds“. Diese größte der russischen Industriegruppen besitzt daneben die Versicherungsgruppe „Sogas“ und ist führend bei den Invest-Banken und den Pensionsfonds ...

Die meisten Oligarchen haben Sitze in der Duma, direkte Beziehungen zu Staatsfunktionären und zu den politischen Parteien der russischen Bourgeoisie. Es gibt in Russland eine Finanzoligarchie, aber sie hat nicht immer identische Interessen. Es gibt Teile der Großbourgeoisie, die eine eigenständige Entwicklung Russlands befürworten, und es gibt Teile derselben, die eine größere Verbundenheit mit dem „Westen“ wünschen. Diese fordern eine größere Liberalisierung und weitere Privatisierungen von Staatsunternehmen. Diese haben über die Jahre mehrfach versucht, eine so genannte „bunte“ Revolution in Russland hervorzurufen.

Die Führungsposition, was die Auslandsvermögen angeht, haben die Öl-, Gas- und Stahlkonzerne inne: Lukoil, Gazprom, Severstal und Rusal, mit einer Gesamtsumme von mehr als 50 Milliarden Dollar an Auslandsinvestitionen. 2012 haben russische Unternehmen insgesamt mehr als 139 Milliarden Dollar für den Erwerb ausländischer Aktiengesellschaften investiert (incl. der Übernahme von BP durch Rosneft für 56 Milliarden Dollar).

Wir können an dieser Stelle feststellen, dass der Kapitalismus in Russland fest etabliert ist, dass das Bankkapital mit dem industriellen Kapital verschmolzen ist, dass die großen Monopole eine fundamentale Rolle in der Wirtschaft spielen und es einen beträchtlichen Kapitalexport, also russische Direktinvestitionen ins Ausland gibt, dass Russland also ein imperialistisches Land ist, wenn auch nicht an der Spitze der imperialistischen Pyramide stehend.“ (Emiliano Cervi, Salvatore Vicario, „Die Notwendigkeit der

Klarheit über die ökonomische Struktur Russlands“, aus: „Revolutionary Democracy“, offen-siv 5-2016 und 2-2022)

Das aktuelle Handeln des US-, EU- und BRD-Imperialismus (incl. NATO):

Wir haben also die Situation, dass sich nach der Konterrevolution in Europa mit Russland ein neuer „Global Player“ etablierte. Dies sehr zum Missfallen der bisher weltwirtschaftlich bestimmenden Mächte, allen voran den USA.

Ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der Lage ist der weltweite Energiemarkt.

„Von wem wird der Öl- und Gasmarkt regiert?

Er wird seit langem von einer Handvoll Konzerne regiert, die Name und Adresse haben. Die Säulen des bald mehr als 100 Jahre alten Ölkartells heißen ExxonMobil⁷ und Chevron, Shell und BP.⁸ Das Kartell hat den 2. Weltkrieg überstanden, obwohl es auch noch während des Kriegs weiterhin enge Beziehungen mit den I.G. Farben unterhielt, dem wohl wichtigsten

⁷ Der Börsenwert am 15.3.22 betrug 331 Mrd. US-\$. Seit vielen Jahrzehnten ist Exxon, die direkt aus der berüchtigten Standard Oil des Rockefeller-Clans hervorgegangen ist, zu den weltgrößten Unternehmen. Beachtung fand, dass der erste Außenminister bei Trump der Vorstandsvorsitzende von ExxonMobil, Rex Tillerson, wurde. So offen wurde die Verquickung von Kapitalmacht und Staat selten zur Schau getragen. Der stark an Rosneft interessierte Tillerson zog sich als Außenminister nach einem Jahr zurück, u.a. als er erkennen musste, dass die russische Regierung nicht bereit war, ExxonMobil weitere Konzessionen im Ölgeschäft zu machen. Von den ursprünglich „Sieben Schwestern“ (auch Majors genannt) hat Exxon „Mobil“ übernommen, Chevron „Texaco“ und „Gulf“.

⁸ Die Vereinbarung, die 1928 getroffen wurde, beginnt mit dem Satz: „Übertriebene Konkurrenz hat zu der Überproduktion von heute geführt ... die Parteien sich auf ihren gegenwärtigen Geschäftsumfang beschränken und bei künftiger Produktionssteigerung nicht mehr als ihren bisherigen Anteil an der Produktion beanspruchen.“ (sog. Achnacarry- oder As-Is-Agreement)“ Das Abkommen wurde damals von den sieben obengenannten „Schwestern“ der USA und Großbritanniens unterzeichnet.

wirtschaftlichen Zentrum für Aufrüstung und Kriegsplanung des deutschen Imperialismus im Faschismus.

So mächtig sie scheinen, sind sie doch nicht Herrscher der Welt, sondern sind selbst dem ökonomischen Gesetz, dem Gesetz der „Plusmacherei“ unterworfen. ... Die für unsere Zwecke relevante Erkenntnis daraus ist, dass bei allem sich der Preis des Erzes, der Kohle oder eben des Erdöls nach der jeweils schlechtesten Quelle richten muss. Fällt der Preis darunter, wird Kapital abgezogen oder durch Pleite vernichtet. Liegt er darüber, strömt Kapital in die Branche, die Produktionskapazitäten werden ausgeweitet, die Produktion steigt.

Das war der Fall als nach 2008/2009 der Gaspreis einen Höhepunkt erreicht hatte. Nicht nur die Kartellschwestern erweiterten, sondern alle großen Konzerne im Geschäft, auch Gazprom. Neu war, dass in den USA und Kanada vor allem massiv ins mit Gift und massiven Umweltschäden geförderte Fracking-Gas und Fracking-Öl investiert wurde. Es machte zeitweise etwa 60% der gesamten US-Ölproduktion aus! Bis 2015 machten vor allem ExxonMobil und Chevron, aber auch viele kleinere Produzenten, z.T. auch Neulinge, die USA mit Fracking nicht nur zum größten Gas- und Ölproduzenten der Welt. Die USA wurden so auch Netto-Exporteur von Gas und Öl, das auf den Weltmarkt drängte. Mit der internationalen Wirtschaftskrise seit 2018 und dann verstärkt durch die Pandemie ab Anfang 2020 kam es zu massiver Überproduktion, Kapital war überakkumuliert worden. Da fiel der Preis so tief, dass bei den schlechtesten Quellen, und das waren vor allem Standorte, bei denen Öl/Gas mittels Fracking erschlossen und gefördert worden war, die Produktion nicht mehr verkäuflich war, sich nicht mehr rentierte, sondern Verluste einfuhr.⁹ Es wurde günstiger, das Gas gleich zu verbrennen, als es zu verflüssigen, zu verladen und über LKW und/oder Schiff zum Abnehmer zu transportieren!

Unausweichlich nun die Frage in diesem Markt, wie die Überproduktion heruntergefahren bzw. wessen Überkapazitäten vernichtet werden sollen.

Warum gegen Russland?

⁹ Die Kosten der Ölförderung bei Fracking liegen bei bis zu 100 US-Dollar pro Barrel, während sie bei den besten Quellen im Irak z.B. bei unter 10 Dollar liegen.

Zur Begrenzung der Fördermenge sollten auf Druck des Kartells vor allem die Aramco (Saudi-Arabien) und Rosneft sowie Gazprom (Russische Föderation) herangezogen werden, eine Übereinkunft erzielen und das dann über den OPEC-Mechanismus gegenüber anderen Ölproduzenten durchsetzen. Die US-Konzerne sollten verschont bleiben. Als die russischen Konzerne (wegen der damit verstärkt wegbrechenden Umsatzeinnahmen) dem nicht zustimmten, Aramco und Rosneft/Gazprom sogar Produktionssteigerungen ankündigten, purzelten die Preise. Da wurde der Krieg, der heute tobt, bereits ausgelöst. Zwar wurde schließlich ein Abkommen zwischen Saudi-Arabien und der Russischen Föderation erzielt und die Fördermengen reduziert. Es kam aber nur zustande, weil Trump 2020 zusicherte, dass die kleineren, unabhängigen Ölproduzenten in den USA nicht durch staatliche Subventionen gerettet und damit vom Markt verschwinden würden.¹⁰ Dadurch wurde das Angebot verringert.

Die Wiederbelebung der Weltkonjunktur dank der Entwicklung vor allem in der VR China führte zum Anstieg der Nachfrage. Dadurch stiegen die Preise – sofern sie nicht in langfristigen Lieferverträgen geregelt waren – seit Herbst 2020 auf den heutigen Stand (Februar 2022), die um etwa das Fünffache über dem Stand im April 2020 liegt. Hatte ExxonMobil ebenso wie Shell 2020 noch jeweils über 20 Mrd. USD an Verlust gemeldet, Chevron und BP rd. 5 Mrd. USD, so lagen die Monopole 2021 durchschnittlich mit 20 Mrd. im Plus! Und seitdem jagen sich die Rekordmeldungen für Preis und Profit. ...

Damit hätten ja alle Kartellschwestern, die OPEC und auch Russland mit Gazprom, Rosneft u.a. zufrieden sein können. Aber der Schock für das Kartell sitzt tief, dass ihr Überleben von unabhängigen russischen Produzenten und ihrem Verhalten auf dem Markt und auch von einer widerborstigen russischen Regierung abhängen kann, die auch noch die sonst immer beflissenen Saudis hatte mitziehen können. Es ist der Kampf des Ölkartells gegen die russischen Kartell-Außenseiter, der heute **auch** als Krieg in der Ukraine geführt wird.

¹⁰ Der Haynes Boone Oil Patch Bankruptcy Monitor meldet (30.1.22) Verluste durch Bankrott von über 600 Firmen im Öl- und Gassektor Nordamerikas in Höhe von immerhin rd. 322 Mrd. USD (zwischen 2015 und 2021), davon die meisten Fälle mit den größten Verlusten im 2. und 3. Quartal 2020.

Dabei hatten ja die vier Ölmonopole auch einen starken Fuß in der Russischen Föderation; die BP sogar eine fast 20%-Beteiligung an Rosneft. Doch dank der staatlichen Beteiligung an Rosneft und Gazprom hatten sie nie einen dominierenden Einfluss. Der massivste Versuch, das Sagen im russischen Ölgeschäft zu übernehmen, war mit dem Namen Mikhail Chodorkowski verbunden. Dieser Versuch scheiterte Anfang der 2000er Jahre kläglich u.a. dank Putin. Deshalb ist Putin verhasst. Nicht weil er einen Krieg führt.

Das Ölkartell kann es nicht dulden, dass unsichere Kantonisten in der Welt das Geschäft kaputt machen könnten. Es muss die Fördermenge und darüber die Preise kontrollieren können. Wenn die westliche „Wertegemeinschaft“ heute unisono kräht: Wir wollen Russland ruinieren, dann geht es nicht zuletzt um die Ruinierung der großen russischen Öl- und Gasindustrie, die derzeit an der zweiten Stelle in der Welt steht (Zahlenangaben von 2020). „Ruinieren“ muss man sich dabei nicht notwendig (aber auch) als Zerbomben vorstellen. Ruiniert werden soll die relative Unabhängigkeit von der Kontrolle durchs Kartell, ruiniert werden soll die Macht, sich gegen das Diktat der Ölmonopole zur Wehr setzen zu können.

Das ganze Szenario wurde schon mehrfach durchgespielt. Beispielsweise im 3. Golfkrieg 2003. Spätestens als Saddam Hussein Ölkonzessionen an russische und chinesische Konzerne vergab und drohte, das irakische Öl nicht mehr in US-Dollar abzurechnen, wurde in den Chefetagen von Exxon und Co sein Todesurteil unterzeichnet. Zu dessen Vollstreckung wurde dann die „Allianz der Willigen“ davon überzeugt, dass Saddam Hussein ein verrückter Diktator à la Hitler sei, der mit Massenvernichtungswaffen die Freiheit, die Demokratie und unseren Wohlstand bedrohe. Alles Lüge, wie sich post festum herausstellte. Völkerrecht? Menschenrecht? Einmal mehr im Irak 2003 von unserer vornehmen „Wertegemeinschaft“ zu Grabe getragen.

So funktioniert das Ölkartell.

Im Kapitalismus der freien Konkurrenz war es keine Frage, wie Überproduktion und Überakkumulation auch im Ölgeschäft – vorübergehend und krisenhaft – beseitigt werden: Stillgelegt werden die schlechtesten Quellen bis der Produktionspreis dem Marktpreis entspricht. ... Im Fortgang der Krise aber wurden auch die Großen Vier bedroht. Und mit ihnen so große

Bankimperien wie JP Morgan, Wells Fargo oder Bank of America, die die Ausweitung der Förderung finanziert hatten. Die scheinbar so unabhängige und übermächtige OPEC als Organisation of Petroleum Exporting Countries (seit 1960), ist dabei kaum mehr als der Hebel des Ölkartells der Konzerne, um die Vorgaben auf der Ebene der erdölproduzierenden Länder mit staatlicher Macht durchzusetzen. Unabhängigkeitsbestrebungen werden dabei gnadenlos bestraft, wie die Beispiele von Iran, Irak und Venezuela – immerhin Gründungsmitglieder der OPEC – zeigen.

Das alles ist ein Lehrstück in Sachen Monopolkapitalismus und Staatsmonopolistischer Kapitalismus: die Konkurrenz wird – wenigstens vorübergehend – ausgeschaltet. Denn: Was ist die Aufgabe des Kartells? Was ist der Zweck des Monopols? Mit allen Mitteln das Überleben der Kartellschwestern, mit allen Mitteln den Monopolprofit zu sichern. Mit allen Mitteln heißt auch über die ökonomischen Mittel wie Preisabsprachen, Mengenbegrenzung, Änderungen der Produktionsquoten, Kampf gegen Kartellaußenseiter usw. hinaus, mit politischen, militärischen Mitteln und dazu ganze Staaten in Bewegung zu setzen – auch mit Krieg und Bürgerkrieg. Dafür haben die Ölmonopole in Riesenumfang das Geld, das Kapital und damit die Macht.“¹¹

Weltpolitisch verfolgen die USA die bekannte „Sichelstrategie“ gegen Russland. Dazu wurden die Regierungen in einigen Ländern ausgetauscht – wenn es nicht anders ging mittels Krieg, so in Afghanistan, dem Irak - und dass dieser Versuch in Syrien bisher scheiterte, lag an der Hilfe Russlands für den syrischen Staat. Der Iran unterliegt pausenlosen Destabilisierungsversuchen, Libyen musste zwischendurch auch zerstückelt werden (obwohl es nicht zu der geografischen Lage der Sichel gehört) und in Europa erlebten und erleben wir immer noch die Osterweiterung der NATO. Zentral fehlen da noch zwei Länder: Belarus und die Ukraine. Um die Ukraine gibt es schon seit fast 20 Jahren heftigste Auseinandersetzungen. Im Jahr 2004 gewann Juschtschenko die Wahlen (so genannte „orangene Revolution“), danach gab es in diesem pro-westlichen Lager Unstimmigkeiten, vor allem zwischen den Protagonisten Juschtschenko und

¹¹ Kommunistische Arbeiterzeitung, „Ein Blick hinter die Kulissen. Öl und Gas und der Ukraine-Konflikt“, KAZ Nr.379, April 2022.

Tymoschenko, so dass aus den Wahlen 2010 Janukowitsch als Sieger hervorging und die Ukraine sich wieder Russland annäherte. Das wurde 2013/14 durch den so genannten „Euromaidan“ gestoppt, einem Putsch von pro-westlichen und faschistischen Kräften, der tatkräftig von den USA unterstützt wurde; man spricht von täglich mindestens 1 Mio US-Dollar, die von den USA in bar auf das Zentrum des Putsches, den Majdan-Platz in Kiew, gebracht wurden. Seitdem stellen und stellen nationalistische, faschistische und ausgesprochen antirussische Kräfte die Regierungen in der Ukraine.

In Belarus gab es ebenso immer wieder Umsturzversuche, zuletzt 2020. Bisher wurden dort alle diese Versuche vereitelt.

Und im Norden Europas? Da geht es darum, Finnland und Schweden in die NATO aufzunehmen, so dass die gesamte Ostsee, also damit auch der östliche Teil, zum NATO-Gebiet würde und mit Finnland ein direkt an Russland angrenzendes Land NATO-Mitglied.

Zur Antwort auf die Frage, wer der Aggressor ist, lese man jetzt eine Direktive von Zbigniew Brzezinski, maßgeblicher Strategie des US-Imperialismus. Brzezinski äußerte sich in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“¹² 1997 folgendermaßen zur Ukraine (von der KAZ-Redaktion zusammengefasst): „Er (Brzezinski) stellte heraus, dass die USA das Herzland Eurasiens, Russland, beherrschen müssen, wenn sie ihre Weltherrschaft sichern wolle. Ein zentraler Schritt dahin sei die Loslösung der Ukraine von Russland und ihre Einbindung nach Europa, weil Russland ohne die Ukraine nicht wieder zum `Imperium` werden könne. Brzezinski ging so weit, eine Dreiteilung Russlands in einen östlichen, einen zentralen und einen europäischen Teil vorzuschlagen, während er die europäischen Staaten umstandslos als nützliche Erfüllungsgehilfen gezeichnete, die zur Umsetzung dieser Strategie gebraucht würden.“¹³

Wenn man hier also die Frage stellt, wer der Aggressors ist, ist die Antwort – trotz des russischen Ukraine-Krieges – eindeutig: Der Aggressor heißt USA,

¹² „The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives“

¹³ Kommunistische Arbeiterzeitung, „Wer den Krieg nicht will, bedenke“, KAZ Nr.379, April 2022.

selbstverständlich flankiert von der NATO und den Hauptländern des EU-Imperialismus, denen Brzezinski die Rolle der nützlichen Idioten zuwies.

Russland versucht heute mit dem Ukraine-Krieg eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu blockieren und damit zu verhindern, dass von den USA dirigierte NATO-Kampfverbände direkt an der russischen Grenze stehen.

3. Analogien zur Situation vor dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg und das Handeln der Kommunisten damals.

Der Erste Weltkrieg:

Die politische Musikgruppe „Die Schmetterlinge“ fasste die Situation Russlands im Ersten Weltkrieg kurz und präzise so zusammen:

„Es fällt ein Soldat bei Tarnopol,
weiß nicht, warum er sterben soll.
Sag, Vaterland, was dich bewog,
daß man dich in den Weltkrieg zog.
Nur weil Frankreichs Kapital
deine Kohle hat und deinen Stahl?
Es ist bei Baku ein ergiebiger Quell,
es hat Englands Bank die Hand auf dem Öl.
Vielfach verflochten ist das Monopol,
drum fällt der Soldat bei Tarnopol.“¹⁴

Das ist eine kurze poetische Beschreibung der Lage in Russland – und nicht nur dort. In Mitteleuropa ging es u.a. um die Konkurrenz zwischen Deutschland und Frankreich. Alle Kriegsbeteiligten waren kapitalistische Mächte, auch wenn zum Teil noch Monarchien die Regierungen stellten. Russland war am wenigsten entwickelt. Der Krieg war entstanden, weil diese

¹⁴ Schmetterlinge: Proletenpassion

Mächte sich in imperialistischer Konkurrenz untereinander befanden und Deutschland als „Spätentwickler“ bei der Aufteilung der Welt und der Einflussphären zu spät und damit zu kurz gekommen war. Es ging allen Beteiligten um Kolonien, Rohstoffquellen, Einflussphären, Marktmacht, also um Profite.

Dieser Krieg kostete geschätzt etwa 20 Millionen Menschen das Leben. Die gefallenen Soldaten und die Hungertoten vor allem im Osten waren selbstverständlich überwiegend Proletarier.

Der Zweite Weltkrieg:

Die Kriegsziele Deutschlands wurden im Ersten Weltkrieg nicht erreicht. Aber mit dem deutschen Faschismus, „Nationalsozialismus“ genannt, war ein Mittel gefunden, die Bevölkerung Deutschlands so einzuschwören, dass man erneut angreifen konnte, nur 21 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges! Es ging im Wesentlichen um das Gleiche, also um die Ausbeutung der Regionen und Rohstoffquellen der Welt, die sich schon die imperialistischen Konkurrenten angeeignet hatten. Der eine Gegner hieß wieder Frankreich, aber nun rückte auch Großbritannien stärker in den Fokus. Der Kriegsverlauf machte mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion aus dem Krieg imperialistischer Räuber untereinander einen Krieg eines imperialistischen Landes gegen den ersten sozialistischen Staat der Welt. Das führte zu einer ausgesprochen unüblichen Konstellation – der Anti-Hitler-Koalition (ein Glanzstück der sowjetischen Diplomatie). Sie brachte den Sieg über den deutschen Faschismus.

Dieser Krieg kostete geschätzt etwa 60 Millionen Menschen das Leben. Die gefallenen Soldaten, ermordeten Zivilisten und in den Konzentrationslagern des faschistischen Deutschlands umgebrachten Menschen waren selbstverständlich überwiegend Proletarier.

Beide Kriege waren im Wesentlichen innerimperialistische Kriege. Natürlich war der Krieg gegen die Sowjetunion ein Klassenkrieg. Aber der Krieg des deutschen Faschismus gegen die Sowjetunion wurde u.a. deshalb begonnen, weil man sich mit dem Zugriff auf die dortigen Rohstoffe die nötigen Ressourcen für den Krieg gegen Großbritannien sichern wollte. Dass man dabei den ersten sozialistischen Staat der Welt zerstören würde, war natürlich nicht unerwünscht.

Wie regierten in der Lage vor dem Ersten Weltkrieg die Organisationen der Arbeiterklasse auf die neue Situation eines erstmals drohenden riesigen Weltkrieges? Schlugen sie sich auf eine Seite, erklärten sie sich beispielsweise solidarisch mit Frankreich, das sich gegen den Aggressor Deutschland wehren musste? Das wäre eine Entscheidung entlang nationaler Kriterien gewesen. Oder blieben die Organisationen Arbeiterklasse dabei, die Welt vom Klassenstandpunkt aus zu erfassen, blieben die Losungen: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg – Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft durch die proletarische Revolution – nur der Sozialismus schafft dauerhaften Frieden“ bestehen?

Die II. Internationale hatte 1907 auf Vorlage von unter anderem Lenin und Luxemburg beschlossen: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.“¹⁵ Als ein mögliches Mittel wurde auch ein internationaler Generalstreik erwähnt.

1907 blieben die Mitglieder der II. Internationale also noch bei der Klassenlinie.

Wie wir alle wissen, beging die deutsche Sozialdemokratie zu Beginn des Ersten Weltkrieges Verrat an diesen Beschlüssen und ging auf die Position der eigenen Bourgeoisie über, wie es auch die sozialistischen Parteien Österreichs, Großbritanniens und Frankreichs taten. Mit dieser so genannten Burgfriedenspolitik hatte sich die II. Internationale erledigt. Die SPD war zur staatstragenden Partei mutiert, die auf der Seite des deutschen Imperialismus stand. Dem entsprechend war sie auch die wesentliche Kraft beim Erwürgen der Novemberrevolution 1918 (Rosa Luxemburg nannte sie einen „stinkenden

¹⁵ Chronik der Deutschen Sozialdemokratie, Stichtag 18./24. August 1907

Leichnam“), verweigerte die Einheitsfront gegen den aufkommenden Faschismus und machte 1933 ihren Vorstand „judenfrei“ in der Hoffnung, nicht verboten und verfolgt zu werden. Die KPD war 1918 entstanden und behauptete dem gegenüber den Marxismus. Sie war zwar verglichen mit uns heute sehr stark, aber gegenüber der Sozialdemokratie immer in der Minderheit.

In Russland sah die Sache anders aus, weil sich dort die Bolschewiki rechtzeitig von den Opportunisten der Menschewiki getrennt hatten. Die Bolschewiki ließen sich auch nicht durch Kerenski und dessen Scheindemokratie blenden, sondern setzten die proletarische Revolution auf die Tagesordnung, wie wir wissen mit Erfolg.

Zusammenfassung:

Die beiden Weltkriege waren in ihrer Entstehung und in ihrem Charakter innerimperialistische Kriege, d.h. der erstarkte deutsche Imperialismus war zu spät gekommen, um einen nennenswerten Anteil an der Aufteilung der Welt zu ergattern und musste nun im Nachhinein mit Gewalt eine Neuaufteilung versuchen. Der Zweite Weltkrieg war seit dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion gleichzeitig ein Klassenkrieg, weil es gegen den ersten sozialistischen Staat der Welt ging.

Welchen Charakter trägt der heutige Ukraine-Krieg?

Wir haben dargestellt, dass die Hauptakteure imperialistische Staaten bzw. Staatenbündnisse sind, wobei die NATO-Staaten die klassischen imperialistischen Führungsländer vereinigen, also USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD (zu beachten ist dabei, dass vor allem nach der Konterrevolution in Europa die BRD ökonomisch extrem erstarkt ist), während Russland als relativ neuer „Global-Player“ eher am Katzentisch sitzt. Trotzdem wiegt die Rolle Russlands schwerer als die reinen Wirtschaftszahlen vermuten lassen, weil Russland ein überaus wichtiger und ergiebiger Rohstoffproduzent ist.

Wir haben auch dargestellt, wie vor allem die USA sich darum bemühen, Russland klein zu halten, ausbeuten zu können und wenn nötig auch zu zerstückeln, denn ein Russland, das solche Konturen hätte wie der heutige Irak oder das heutige Libyen wäre sehr nach dem Geschmack des US-

Imperialismus und seiner Vasallen – übrigens eine Zielvorstellung des US-Imperialismus die den Vorstellungen des deutschen Imperialismus vor dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg für eine europäische „Nachkriegsordnung“ durchaus ähnelt – egal, ob zur Zeit des Kaiserreiches oder zur Zeit des Faschismus formuliert. Und man sollte auch nie vergessen, dass Klaus Kinkel¹⁶ 1993 sagte, es „gilt etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind“ und meinte damit, eine „Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht“¹⁷. Die russische Bourgeoisie steht mit dem Rücken zur Wand und hat nun zum Mittel der „Vorwärtsverteidigung“ gegriffen.

Ist das ein Krieg der Arbeiterklasse um ihre Befreiung? Nein. Es ist ein Krieg um die Profite, die aus den russischen Rohstoffen zu ziehen sind. Das ähnelt einem der deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg: die Kohlebecken in Ostfrankreich genauso wie im II. Weltkrieg beim Feldzug gegen die Sowjetunion: Die Ölfelder von Baku.

Es gibt kein objektives Interesse der Arbeiterklasse an solchen Kriegen, denn sie hat nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren, sie stellt das Fußvolk, geht als Soldat in die Schlacht und in den Tod, erträgt die Bombardements, verliert Wohnung und das karge Hab und Gut, kurz: zahlt die Zeche, und das so gut wie immer auf beiden Seiten. Seleskyj hat bereits damit begonnen, mit den schweren Waffen, die an die Ukraine geliefert werden, russisches Gebiet anzugreifen.

Es ist eindeutig festzuhalten: Keiner der beteiligten Staaten ist ein Staat der Arbeiterklasse.

Schlussfolgerungen für die kommunistische Bewegung heute

Es gibt in dieser Frage große Uneinigkeit in der kommunistischen Bewegung, denn es gibt sehr unterschiedliche Positionen und oft sieht man auch eine reine Berichterstattung über Vorkommnisse und Geschehnisse, vermisst aber deren Einordnung, also Analysen über Hintergründe und aus diesen abgeleitete Einschätzungen.

¹⁶ Er war u.a. Chef des Bundesnachrichtendienstes, dann Außenminister und stellvertretender Regierungschef Deutschlands recht bald nach der Konterrevolution.

¹⁷ Quelle: wikipedia

Das größte Problem scheint uns die Analyse des ökonomischen Charakters Russlands zu sein, denn hier scheiden sich die Geister am stärksten. Wir nennen hier nur ein paar wenige, aber typische Beispiele: Manche vertreten die Ansicht, dass Russland „auf einem antikapitalistischen Entwicklungsweg“ sei, daneben wird auch vertreten, dass Russland zwar ein kapitalistisches Land sei, aber keine imperialistischen Interessen habe und sogar eine Neuauflage der Burgfriedenspolitik wurde von manchen ins Gespräch gebracht: Die russische Arbeiterklasse müsse mit der russischen Bourgeoisie einen Kompromiss eingehen, denn es handle sich um einen „Befreiungskampf“. Und einige Organisationen haben sich solidarisch mit Russland erklärt.

Russland wird hier offensichtlich für etwas anderes gehalten als für ein kapitalistisches Land mit imperialistischen, weltpolitischen Interessen, obwohl die vorliegenden und hier ausführlich zitierten Quellen keinen anderen Schluss zulassen.

Das ist ein eigenartiger Zustand, denn ein sozialökonomisches Gemeinwesen funktioniert nach bestimmten inneren Triebkräften. Da kann es nicht drei oder noch mehr Erklärungsvarianten über den Charakter dieser Triebkräfte geben, stattdessen muss es möglich sein, die Funktionsweise zu erkennen und zu erklären. Schließlich haben uns Marx und Engels den dialektischen Materialismus an die Hand gegeben. Und der schließt Vorurteile, Emotionen, Wunschbilder und ähnliches als Erkenntnismethoden aus. Da ist noch viel zu tun. Diese Zusammenstellung soll ein kleiner Beitrag dazu sein.

Einige wichtige Aspekte des Revisionismus

Hermann Jacobs: In der Staatsfrage und in der Ökonomiefrage – zweimal Revisionismus

Die Zeitschrift „offen-siv“ bereitet ein Heft zum Problem des Revisionismus in der Arbeiterbewegung vor – siehe die Redaktionsnotiz von Frank Flegel im März-April-Heft 2022. Ich will dazu einige Gedanken allgemeiner Art äußern.

Zunächst: Das ist eine gute Initiative, denn selbst in so heiß bewegten Zeiten wie den jetzigen bleibt es notwendig, dass wir uns über Grundaussagen resp. Grundfragen des Marxismus - oder auch des Sozialismus-Kommunismus - auseinandersetzen. Immer mit dem Ziel, uns zu verständigen; Kapitalismus soll ja nicht ewig leben.

Nun die Frage: Was ist Revisionismus in der Arbeiterbewegung? Da ist zunächst zu klären, was Reformismus in der Arbeiterbewegung ist; ob es da einen Unterschied gibt? Ja, das ist der Fall.

Reformismus ist ein A-priori-Bekenntnis, also ein Von-vorn-Herein-Bekenntnis zur kapitalistischen Gesellschaft, offensichtlicher zunächst zum Staat des Kapitals als zur Ökonomie des Kapitals, und hier durch *so genannte* Arbeiterparteien. Im Reformismus ist nicht einmal der Ansatz zu einer revolutionären Kritik am Kapitalismus zu erkennen; es handelt sich also um kapitalorientierte Parteien/Politiker, deren Wirkungsbereich – im Unterschied zu direkt kapitalistischen Parteien im Rahmen des Kapitalismus - nur in die Arbeiterklasse fällt. Ihn kennzeichnet nicht nur ein prokapitalistischer, sondern auch ein antiproletarischer Aspekt. An einer solchen Parteiengründung zeigt sich auch die bürgerliche Klasse interessiert; sie fördert deren Entstehung wie deren Tätigkeit.¹⁸ *Revisionismus* dagegen setzt revolutionäre Parteien im Sinne der Arbeiterklasse voraus und ist 1. perfide Form der Umorientierung dieser Parteien im Sinne ihrer Eingliederung in entweder die kapitalistische Gesellschaft, oder ist 2. die nochmalige Wiederbelebung kapitalistischer ökonomischer Verhältnisse im Sozialismus, einer ersten Periode des Kommunismus – was historisch eher zutraf. Von der zweiten möglichen Entwicklung des Revisionismus zeigen sich Parteien des Kapitalismus eher erfreut-überrascht, als dass sie selbst solche Entwicklungen beeinflussen oder gar gründen könnten. D.h. für den Revisionismus in seiner ökonomischen Form ist ausschließlich die Arbeiterbewegung selbst verantwortlich.

¹⁸ Warum? Der Grund ist leicht erklärt: Weil Kapitalisten als Klasse in der Gesellschaft eine Minderheit sind; sie bedürfen, um herrschen zu können, einer Basis auch in der Arbeiterklasse.

Beim Reformismus ist also klar, wo er entsteht und hingehören will: In den Kapitalismus im direkten Sinne. Beim Revisionismus dagegen geht eine revolutionäre Entwicklung voraus, aus der zu einer quasi reformistischen übergewechselt wird. Beim Revisionismus insgesamt gibt es demnach zwei Komplexe: Einen in der Staatsfrage, den anderen in der Ökonomiefrage. Der Revisionismus in der Staatsfrage fällt *wesentlich* in den Kapitalismus. Der Revisionismus in der ökonomischen Frage fällt, *auch wesentlich*, erst in den Kommunismus. Genauer: In den *Beginn* dieser neuen Gesellschaftsordnung, wenn „aus dem Kapitalismus in den Kommunismus übergegangen wird“.¹⁹ Erst dann muß Formen/ökonomischen Kategorien nach entschieden werden, wie aus solchen der kapitalistischen Ökonomie in solche der kommunistischen Ökonomie hinübergewechselt wird.

D.h. im Kommunismus, seinem *entwickelten* Stadium befindlich, ist Revision des Marxismus resp. des Kommunismus und damit Revisionismus in ihnen nicht mehr möglich. Dann nämlich ist die Revolution verwirklicht und Revisionismus *gesellschaftlich* überwunden, d.h. sind die einer *sozialistischen Revolution gemäßen Verhältnisse* in Bezug auf den Staat bzw. in Bezug auf die Ökonomie ja hergestellt und ist deren Revision, also Revisionismus, *praktisch* ausgeschlossen. Zuvor, d.h. in noch unseren Zeiten, kann Revisionismus nur theoretisch bzw. politisch-ideologisch überwunden werden, und das heißt in unserem Tun, in unseren Ansichten wie Absichten, in unseren ... *Organisationen*.

Was also ist Revisionismus? Nun, nichts als *auch* eine Form des Verzichts der Arbeiterklasse/-bewegung auf eine eigene Gesellschaftsordnung, und das heißt eigenen Verhältnissen nach zur Produktion bzw. zur Gesellschaft im weitesten Sinne des Wortes.

Aber anders als beim offenen Reformismus fällt der Revisionismus in Formen der Revolution/Revolutionierung schon der Arbeiterklasse, d.h. in eigene Verhältnisse des Sozialismus. Das sind nicht länger mehr kapital- oder profitgeleitete Verhältnisse; ergänzt wäre dieser Wechsel durch entsprechende Verhältnisse im so genannten Überbau einer Gesellschaft. Es geht also nicht

¹⁹ Ob Revisionismus in der Staatsfrage auch noch am Beginn des Kommunismus auftreten kann, bedarf einer speziellen Analyse, die im Abschnitt erfolgt, der sich mit der Frage der Ökonomie im Sozialismus befasst.

nur um Aufhebung kapitalistischer Eigentümer der Arbeit, sondern auch um diese Aufhebung ergänzende politische, ideologische und kulturelle Verhältnisse. Revisionismus verzichtet auf diesen Wechsel in den Verhältnissen und verlegt seine Aktivitäten – wenn überhaupt – in so genannte Reformen, die diesen Wechsel in Basis und Überbau wieder *in Frage stellen*. Zweites Kennzeichen des Revisionismus ist noch, dass er den revolutionären Ansatz in der Arbeiterklasse, bis hin zu deren Organisationen, aktiv bekämpft – aber von innen her! In den „eigenen Reihen“. Er ist weniger/zu wenig in der Arbeiterbewegung bearbeitet worden, daher oft nicht erkannt und auch viel schwerer erkennbar, da es sich beim Revisionismus immer um auf schon revolutionäre Verhältnisse bezogene, diese revidierende Veränderungen handelt.

Nun die Frage: Kann man Revisionismus überhaupt definieren, ohne zuvor definiert zu haben, was deren Gegenteil ist - nicht Revisionismus? Oder mit anderen Worten: Was ist *Revolution* in den gesellschaftlichen Verhältnissen?

Antwort: Nein, das kann man nicht. Ohne vorher bestimmt zu haben, was denn die Revolutionierung gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse beinhaltet, ist ja auch kein Revisionismus innerhalb dieser Verhältnisse zu bestimmen. Man muss sogar immer beides bestimmt haben: das kapitalistische und das proletarische Verhältnis - 1. zur Ökonomie und 2. zum Staat (sobald dieser geboren ist). Nur wenn Beides an sich bestimmt ist, lässt sich der Revisionismus überhaupt erkennen.

Und warum diese Doppelbestimmung, ist auch klar: Weil der Beginn des Kapitalismus in der Geschichte der Menschheit natürlich zwei Klassen gebiert: die kapitalistische und die Arbeiterklasse. Die Menschheit muss ein Bewußtsein für beide Klassen entwickeln. Sonst entwickelt man überhaupt kein Bewusstsein über die moderne Geschichte. Also: was ist Verhältnis der kapitalistischen Klasse in Bezug 1. auf die Ökonomie, 2. in Bezug auf den Staat (denn beides entwickelt sich in der Geschichte mehr oder weniger gleichzeitig). Und dann dasselbe für die arbeitende Klasse. Wie steht sie 1. zur Ökonomie, 2. zum Staat.

Zu sagen, zu beiden Komplexen entwickelt nur die Klasse der Privateigentümer der Arbeit, also Kapitalisten, ein Verhältnis (sagen wir: weil sie historisch mit einer Gesellschaftsform beginnen – eben dem

Kapitalismus), aber die Arbeiter nur keines, wäre bereits – Revisionismus. Weil nämlich in einer solchen Haltung bereits eine erste Form der Unterordnung der Arbeiter unter den Kapitalismus und des Verzichts auf eine eigene Gesellschaft erschiene.

So mag vielleicht der Kapitalist denken, – oder mag man im Kapitalismus denken, aber so denken – glücklicherweise - nicht die Arbeiter (obwohl es gut wäre, wenn sich die Arbeiter ab dem Beginn ihrer Erscheinung in der Geschichte mehr Gedanken um die beiden Verhältnisse machten). Man muss nicht erst in einer letzten Entwicklungsform des Kapitalismus entscheiden, zu einer eigenen Gesellschaftsform überzuwechseln.

*

Wie sind die Arbeiter/ist die Arbeiterklasse zu einem Maß bereits in beiden Fragen gekommen? Natürlich durch den gewissen Karl Marx und den nicht weniger großen Gefährten an seiner Seite - Friedrich Engels. Sie stehen auf jeden Fall für das Verständnis der Arbeiter in beiden Fragen, sowohl in Bezug auf den bürgerlichen Staat wie Ökonomie, als auch in Bezug auf den eigenen Staat, die eigene Ökonomie des Sozialismus/Kommunismus. Und das *vom Objektiven her*. Und das wiederum heißt: ausgehend von einer anderen Sicht auf den **gesellschaftlich gewordenen Charakter der Arbeit her**.²⁰

Dieser Ausgangspunkt – neuer, gesellschaftlicher Charakter der Arbeit, ist entscheidend für das Bewußtsein der Arbeiterklasse, alles andere ist abgeleitet, ist Politik, Ideologie. So sind auch Marx und Engels an diese Frage herangegangen (im „Kapital“ legt Marx zuerst die Entwicklungen der Arbeit dar, bevor er auf die Arbeiterfrage, also Klassenfrage zu sprechen kommt). Und das heißt eben auch, dass Marx und Engels für den revolutionären, nichtrevisionistischen Standpunkt in der Arbeiterbewegung stehen. Ihre Auffassung ist zum Maß für die Arbeiterbewegung geworden.

²⁰ Marx und Engels Kritik des Kapitalismus ist nur eine entwickelte Form ihres Verständnisses der Entwicklung in der Arbeit – der Gegenüberstellung ihrer beiden Seiten dem gesellschaftlichen Verhältnis nach: Entweder Verhältnis zur abstrakten Seite der Arbeit, also einem so genannten Wertverhältnis, oder zur konkreten Seite der Arbeit: und das ist dann ein Gebrauchswertverhältnis. Dieser Unterschied macht eben einen gesellschaftlichen Unterschied.

Wir haben also zu beachten, dass Marx und Engels nicht „an sich“ den Kapitalismus kritisiert haben, sondern erst, als sie die Geschichte der Arbeit verstanden hatten. Ihrer Kritik am Kapitalismus, wie auch der Kritik noch immer der modernen Arbeiterbewegung, ist das *Verständnis der Arbeit vorausgesetzt*. Sozialismus bzw. Kommunismus leitet sich aus der Entwicklung der Arbeit ab, wir bedürfen im Grunde des Kapitalismus nicht zu deren Begründung. Der Kommunismus ist – vom Wesen her – nicht aus seinem Gegensatz, dem Kapitalismus begründet, so sehr das in aktuellen Kämpfen auch in den Vordergrund rückt, sondern aus der Arbeit, seiner Entsprechung. Kapitalismus-Kritik ist nur eine entwickelte Form aus dem anderen Arbeitsverständnis als kapitalistischen – das ist Kommunismus im eigentlichen Sinne. Und wie in der Ökonomiefrage, so auch – ebenso eigentlich – in der Staatsfrage, d.h. das Verständnis der Arbeiterklasse zur Staatsfrage leitet sich aus ihrem Verhältnis zur Arbeit ab. *Wie hier ohne Gegensatz, so dort ohne einen solchen. Womit der Staat letztlich im Kommunismus mit seiner Entwicklung überflüssig wird.* Kommunismus ist Kommunismus *ohne Staat!*

Wo dies begriffen, ist Revisionismus eigentlich unbegreifbar.

*

Noch etwas ist zu beachten: Marx insbesondere erkannte bei seiner Analyse der ökonomischen Entwicklung im objektiven Sinne, also als Erkenntnis des Übergangs der Menschheit zu einer Ökonomie gesellschaftlichen Charakters, dass die nun organisch zusammengesetzte Arbeit (V plus C, Arbeitskraft plus Produktionsmittel) in der Entwicklung ihrer Produktivkraft dazu führt, dass nicht nur Arbeiter aus dem Produktionsprozess ausgegliedert werden, um erneut in ihn wieder eingegliedert werden zu können, sondern dass ihre Freisetzung auch absoluten Charakter annehmen kann. D.h. neben der Arbeit kann entstehen und entsteht eine - *Gesellschaft*.

Das Entstehen dieser Gesellschaft bzw. gesellschaftlicher Formen des Lebens ist nicht (!) in jedem Fall mit dem Entstehen eines Staates kapitalistischen Charakters in einem direkten Sinne gleichzusetzen. Es gibt auch Momente einer gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit allgemeinen Charakters; mit einem Wort: die auch im Sozialismus/Kommunismus, unter Bedingung eines Sozialistischwerdens eines Staates verdienen fortgesetzt wie

fortentwickelt zu werden. Sie haben in einem direkten Sinne also nichts mit einem ausgewählt formatorischen Anspruch der Menschen zu tun, sie sind ... allgmeinformativ!

Es ist genau/genauer zu bestimmen, was kapitalistisch am Staat (besser: an der Gesellschaft) ist. Das, nur das, ist zu überwinden. Und auch noch dies: Es ist auch zu beachten, um was für einen Staat kapitalistischen Charakters es sich handelt.

Es gibt inzwischen-geschichtlich zwei Grundformen: einen parlamentarisch geleiteten kapitalistischen Staat, und faschistoide kapitalistische Staaten. Beide verwirklichen die Absichten/Ziele der kapitalistischen Klassen dieser Staaten. Der faschistoide kapitalistische Staat erlaubt keine Parteien im Sinne der Arbeiterklasse, also des Sozialismus/Kommunismus wirkende. Jedoch der parlamentarisch geleitete kapitalistische Staat. Entsprechend kann es Revisionismus in der Arbeiterbewegung wesentlich nur im parlamentarisch-kapitalistischen Staat geben, d.h. bei Herrschaft zwar von bürgerlichen Parteien, aber Spaltung der Arbeiterbewegung Parteien nach in deren Gegensatz von Unterwerfung unter den Kapitalismus und Revolution gegen ihn. Die faschistoid-diktatorischen Kapitalismen dagegen vernichten mit Parteien überhaupt auch die Möglichkeit kapitalismuskritischer Parteien, und damit deren inneren Bruch in revisionistisch und nichtrevisionistisch, also den Revisionismus an sich (Jedenfalls der Erscheinung nach; mir ist kein Gegenteil bekannt. Ein dennoch möglicher Gegensatz bricht in der Regel nach Überwindung des faschistoiden Zustandes aus – jedenfalls war es bisher so).

*

Nun im Einzelnen: Beim Revisionismus in der Staatsfrage ist also zu beachten dass er bereits beginnt, wenn ökonomisch gesehen der Kapitalismus beginnt. Auch der Kapitalismus bildet nicht nur eine Ökonomie aus, sondern nebenher zu ihr, die Ökonomie sukzessive ergänzend, ein Staatsbedürfnis, einen Staat.

In welchem Verhältnis die Arbeiterklasse/-bewegung überhaupt zum Staat steht, muss sie demnach *zuerst* in ihrem Verhältnis zum Staat des Kapitalismus nachweisen/beweisen – *und dies praktisch*. D.h. einmal ablehnend, ebenso ablehnend wie die kapitalistische Ökonomie. Oder, und dies andermal, zustimmend bis hin zur Teilnahme am kapitalistischen Staat. Das Erste wäre der revolutionäre Standpunkt, der neben der Ökonomie auch

den Staat des Kapitalismus in die Ablehnung einbezieht. Der zweite Standpunkt führt zur Teilhabe am kapitalistischen Staat, und schließt eine Überwindung der kapitalistischen Ökonomie durch eine sozialistische Ökonomie de facto aus. Wir nennen ihn wesentlich den reformistischen Standpunkt. Wird zu ihm allerdings aus einer an sich revolutionären Partei übergegangen bzw. bildet sich eine schon revolutionäre Partei/Politik zu einer reformistischen, d.h. zu einer Formen des Kapitalismus bekennenden Partei/Politik um, sprechen wir von Revisionismus. Der zweite Standpunkt gilt in der Arbeiterbewegung als der revidierende, also revisionistische, der erste Standpunkt dagegen ist der revolutionäre, nichtrevisionistische.

Sagen wir es auch so: Weil mit einem Staat in der Gesellschaft zunächst der Kapitalismus – oder das Kapital, eben die kapitalistische Klasse - beginnt, stellt sich für die Arbeiterklasse die Frage ihres Staatsverhältnisses bereits mit diesem Staat des Kapitals. Also vor ihrer eigenen Gesellschaft, vor ihrer eigenen Herrschaft. Der Sinn der Ablehnung auch des bürgerlichen Staates durch die Arbeiterklasse/-bewegung ist allerdings in ihrer Voraussetzung begründet durch ihre Ablehnung der bürgerlich-kapitalistischen Ökonomie. Das ist immer zu beachten. Worin also der kapitalistische Staat den ökonomischen Interessen der kapitalistischen Klasse dient und mithilft, diese Interessen gegenüber der Arbeiterklasse und ihren Organisationen durchzusetzen, ist er von der Arbeiterbewegung zu bekämpfen – und in letzter Konsequenz durch einen eigenen Staat, der nun der Arbeiterklasse dient, zu ersetzen.

Ihr Verhältnis zur Ökonomie dagegen kann die Arbeiterklasse erst unter der Bedingung ihrer eigenen Macht beginnen. Die kapitalistische Klasse eröffnet ihre Geschichte demnach doppelt: als Staat und als Ökonomie (oder auch umgekehrt: weil als Ökonomie, so auch als Staat). Die Arbeiterklasse dagegen muss erst die staatliche Macht erringen, muss zuerst ihr revolutionäres Verhältnis gegen den Kapitalismus gegenüber dem kapitalistischen Staat beweisen – mit einem eigenen Staatsbedürfnis/Staat, bevor sie ihr Ökonomiebedürfnis, ihre Ökonomie umsetzen kann; sie beginnt damit quasi politisch, dem Subjekt nach²¹, bevor sie auch ökonomisch bestimmt sein kann.

²¹ Das bewirkt bzw. kann durchaus Probleme bewirken, und nicht nur solche des Revisionismus; darüber aber nicht hier.

Das Doppelte des Wesens der Arbeiterklasse ist in einem historischen Nacheinander gesetzt.

Das gilt allerdings – ich möchte das nochmals betonen - nur realen, zu praktizierenden Produktionsverhältnissen nach. Objektiv, und das heißt der Arbeit nach, ist die Arbeiterklasse mit dem Beginn des gesellschaftlichen oder auch gemeinsamen Charakters der Arbeit bestimmt (deren Entwicklung in einem vorangehenden Kapitalismus vorausgesetzt). Ist dieser gesellschaftlich-gemeinschaftliche Charakter der Arbeit aber noch *nicht* von einem vorangehenden Kapitalismus entwickelt worden – wie das z.B. in Russland der Fall war, oder bis auf die Ausnahme DDR an sich in der bisherigen Geschichte, einschließlich China, Kuba, Vietnam usw.) so war -, beginnt die proletarisch-staatliche Revolution mit einem so genannten Grundwiderspruch: sie beginnt eben politisch, und damit subjektiv – der Sozialismus/Kommunismus muss an Subjekten gemessen werden, bevor er sich im Objektiven, d.h. ökonomisch begründet sieht. Die objektive Grundlage des Sozialismus, die Arbeit höherer Entwicklung, muss dann erst von der sozialistischen Macht herangebildet werden. Das kann politische Kämpfe der besonderen Art auslösen, die mit so genannten eigentlichen Kämpfen, wie sie am Beginn des Sozialismus normalerweise auftreten können, auch nichts zu tun haben, d.h. nicht objektiv erklärbar sind.²²

Die (möglichen) Reihenfolgen in der geschichtlichen Entwicklung dürfen nicht übersehen und nicht verwechselt werden (durch einseitiges Verlangen). Besonders dann nicht, wenn ökonomisch noch nicht entwickelte Länder als erste mit dem Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft beginnen. Sondern „erst un- oder unterentwickelte“. Warum nicht? Nun, auch ihnen muss der Kommunismus resp. kommunistische Charakter abgenommen werden. Die Arbeiter bestimmen ja nichts subjektiv, rein aus dem „hohlen Bauch“ heraus. Sie sind in jeder Hinsicht objektiv bestimmt; in diesem Fall auch ihren Absichten zur Produktion/Arbeit nach bestimmbar – *bevor deren Verhältnisse in eigenen Staaten geschichtliche Bedeutung erlangen!*²³ Diese Verhältnisse

²² Darunter verstehe ich insbesondere Personen-Kämpfe, bis hin zu Gruppen-Bildungen resp. Gruppenkämpfen innerhalb der kommunistischen Partei.

²³ So ist durchaus erlaubt zu sagen, dass Lenin durch Marx bestimmt ist, nicht (unbedingt schon) durch Russland.

der Arbeit *vor* einer Gesellschaftsordnung, die Kommunismus heißt, herzuleiten, ist auch objektiv, ebenso objektiv wie die Begründung aus einer schon gegebenen Arbeit selbst. So genannte unterentwickelte Völker/Staaten lernen und übernehmen Gedankengut von entwickelten Völkern/Staaten. Kommunisten bzw. kommunistische Parteien, die schon in ökonomisch unentwickelten Ländern gründbar sind, sind ebenso kommunistisch wie kommunistische Parteien, die in ökonomisch entwickelten Ländern gegründet wurden.²⁴ Auch das ist nicht subjektiv, sondern auch objektiv (wenn auch in Grenzen). Kommunistische Parteien dem Namen nach können durchaus als kommunistische Parteien der Sache nach beginnen! Der Unterschied zum Kapitalismus ist nur, dass, wenn *objektiv* im Kapitalismus den Doppelbeginn oder gleichzeitigen Beginn von Staat *und* Produktionsverhältnis heißt, objektiv für den Kommunismus den Beginn schon mit politischen Subjekten, also Parteien für den Kommunismus heißen kann.

Die Geschichte der Arbeiterklasse beginnt also auf doppelt-objektive Weise! Einmal objektiv (im theoretischen Sinne) aus dem Übergang von einer Produktionsweise individueller Arbeit zu einer Produktionsweise gesellschaftlich-gemeinschaftlicher Weise – und daher *auch* solchen Menschen (!), die die Notwendigkeit eines derartigen Überganges erkennen und erst umsetzen wollen/müssen, andermal objektiv (im praktischen Sinne) aus dem Übergang aus einem Staat der kapitalistischen Klasse in einen Staat der proletarischen Klasse.

Noch einmal: Hier geht es nur um die Möglichkeiten formellen Beginnens – was ist wann möglich und damit notwendig -, nicht um die revolutionäre Bestimmtheit an sich. Diese revolutionäre Bestimmtheit der Produktionsverhältnisse des Kommunismus (zu denen im „Sozialismus“ nur übergegangen (!) wird) ist im gesellschaftlichen Charakter der Arbeit gegeben, also bereits im Kapitalismus bestimmbar resp. voraussehbar. Oder mit anderen Worten: was Kommunismus seinen Verhältnissen zur Produktion nach ist, lässt sich bereits ab dem Kapitalismus bestimmen. Sich zu diesen zu bekennen, ist a priori kommunistisch, revolutionär. (Der Revisionismus,

²⁴ Die Unentwickelten mögen den Entwickelten folgen, aber objektiv gesehen folgen sie nur DER ENTWICKLUNG. Also: „Lenin“ ist „Marx“. Oder „Russland“ auch „England“.

sofern er sich *ökonomisch gesehen* erst ab dem Beginn des Kommunismus bestimmen will, hat schlechte Karten; ein sich seiner selbst bewusster politischer Arbeiter – oder Kommunist – kann dem ökonomischen Revisionismus in seinen eigenen Reihen bereits vor der geschichtlichen Notwendigkeit (Unvermeidlichkeit?) seines Erscheinens entgegnetreten, also schon *im Kapitalismus*. (Es ist sogar notwendig, dass einem ökonomischen Revisionismus, der erst im Sozialismus auftritt, schon im Kapitalismus entgegnetreten wird – wenn auch eher theoretisch).

*

In der bisherigen Darlegung habe ich Revisionismus in der Arbeiterbewegung den beiden Komplexen Staat und Ökonomie nach getrennt behandelt. Danach könnte man meinen, dass Revisionismus in der Staatsfrage nur im Kapitalismus, und Revisionismus in der Ökonomiefrage nur im Sozialismus, am Beginn des Kommunismus vorkommt. Aber nun die Frage: Kann es auch zu Beginn des Kommunismus, also im „Sozialismus“, noch zu einer Erscheinung des Revisionismus in der Staatsfrage kommen? Ist er wirklich mit dem Ende des Kapitalismus, d.h. mit dem Übergang zu einem Staat des Kommunismus ein für alle Mal erledigt? Mit einem „sozialistischen Staat“ erledigt?

Antwort: Nein, auch am Beginn einer Gesellschaft für den Sozialismus kann es zu einer Form des Revisionismus im Staat (!) - im weitesten Sinne im politischen Überbau - kommen. Nämlich dann, wenn er sich an eine Form des Revisionismus *in der Frage der Ökonomie* abgibt. Wenn er also, nachdem er sich als Staat der revolutionären Form/Art, in der er den Kapitalismus hinter sich gelassen hat, sich ökonomisch gesehen nicht zu einem Staat auch der Revolution in der Ökonomie, in den Produktionsverhältnissen fortentwickelt, sondern auf den ökonomischen Formen, die die kapitalistische Ökonomie geboren hat, verharrt. Dann kann sich aus dem objektiven Problem, dass Sozialismus/Kommunismus erst politisch beginnt, bevor in seinen ökonomischen Verhältnissen, ein Widerspruch des proletarischen Staates (besser: zwischen seinen Subjekten, also der den Staat führenden Partei wie den leitenden Persönlichkeiten dieser Partei) entwickeln, der als Erscheinungsform des Revisionismus zu gelten hat: Revisionismus im Sozialismus, Revisionismus im Staat des Sozialismus gegenüber (!) dem ökonomischen Anspruch des Sozialismus.

Nicht nur für den Staat, sondern auch für das Verhältnis des Staates zur Ökonomie, geht es um die Frage Kommunismus oder Nichtkommunismus. Auch hier geht es *für den Staat* darum, ein revolutionäres Verhältnis zur Ökonomie zu bestimmen statt eines revisionistischen Verhältnisses. Diese Fragestellung ist sogar relativ neu bzw. war unbekannt – wurde aber real.

Ist nicht jeder Staat *im* Sozialismus a priori revolutionär, nichtrevisionistisch?

Nein, das gilt nicht automatisch. Das stellt sich erst dann heraus, wenn der Staat ein Verhältnis zur Ökonomie aufnimmt: Entweder ein solches, wie es der Staat im Staatskapitalismus²⁵ aufnimmt, oder eben ein neues, in dem der Staat quasi die Ökonomie, d.h. deren Planung und Leitung übernimmt.²⁶

Das bedarf natürlich einer Voraussetzung: der Staat muss neben der direkten Planung der Wirtschaft dem Gebrauchswert nach auch die Geldströme der Ökonomie (bei denen es im realen Sozialismus ja geblieben ist) übernehmen, d.h. in die Planung einordnen. Das wäre dann der in der Geschichte neue Staat, der - revolutionäre Staat des Sozialismus. Oder er tut es eben nicht. Und dann ergibt sich die Frage, wer dann die Leitung der Wirtschaft übernimmt. Private Eigentümer können es ja nicht mehr sein, denn die wurden enteignet. Also die „sozialistischen Werkleiter“, die Belegschaften dieser Werke?

Wenn ja, wäre das der neue, bis in den Sozialismus hineingeleitete Revisionismus, der Revisionismus in der Arbeiterbewegung *in den Sozialismus hinein!*

²⁵Staatskapitalismus heißt nichts, als dass der Staat Funktionen für den Kapitalismus übernimmt, soweit sie auch außerhalb der kapitalistischen Ökonomie im direkten Sinne fallen. Dasselbe Verhältnis – die Ökonomie existiert neben dem Staat, oder an sich ohne den Staat, der Staat übernimmt nur eine helfende Funktion für die Ökonomie - dann in einem revisionistisch geleiteten „sozialistischen“ Staat.

²⁶ Deshalb aber von Staatssozialismus zu sprechen – wie sich das eingebürgert hat, ist – revisionistisch. Denn es geht beim Staat im Sozialismus gar nicht mehr um einen Staat im Sinne eines Systems, was außerhalb der Ökonomie existiert, sondern um einen solchen, der die Ökonomie übernimmt, d.h. Funktionen ausübt, die er besser/richtiger ausübt als sie unmittelbar durch die Ökonomie – im Sinne von einzelnen Betrieben usw. - ausgeübt werden können. Es liegt also beim „Staatssozialismus“ eine Erweiterung/Ausdehnung des Staates zur Ökonomie (!) vor.

Auch im Sozialismus, in der ersten Entwicklungsstufe des Kommunismus befindlich, kann es eine revisionistische, d.h. den Marxismus bzw. den Kommunismus revidierende Staatsauffassung geben. Allerdings bedarf es dazu der *ökonomischen* Voraussetzung. Die Arbeiterbewegung muss auf ein revisionistisches ökonomisches Konstrukt hereingefallen sein. Dann wirkt die falsch orientierte Ökonomie auf den sozialistischen Staat ein und erzeugt einen revisionistischen Staat.

*

Wann also? Ich mache es kurz: Nicht (!), wenn es zunächst bei der kapitalistischen ökonomischen Formel C plus V plus M bleibt, sondern *wie* aus dieser Formel zum Sozialismus, seiner *ihm* ureigenen Formel übergegangen wird. Wie wird C+V+M denn *aufgehoben*? Also nicht der Kapitalist seinem Eigentumsverhältnis nach, sondern sein ökonomisches Verhältnis, das er auf die Arbeit geltend macht, worin er und sein Eigentum als privates ökonomisch erscheint?

Hier kann sofort der Einwand erfolgen: Aber jeder Sozialismus *beginnt* nicht anders! Richtig. Kein Betrieb im Sozialismus, wenn an die Stelle des kapitalistischen Privateigentümers ein sozialistischer Werkleiter/eine sozialistische Belegschaft tritt, Kapitalismus/Kapitalist also in einem Sinne von Subjekten (Personen nach) aufgehoben sind, hat damit schon die kapitalistische Form, also die private (separierte, individualisierende) Form des Verhältnisses zur Produktion aufgehoben.

In dieser Frage (C+V+M) das richtige Bewußtsein zu entwickeln ist notwendig, damit die *heutige Arbeiterbewegung*, d.h. deren Fortsetzung nach dem förmlichen Ende des Sozialismus im Osten Europas, zu einer gerechten Beurteilung des bisherigen Sozialismus kommt. Es reicht nicht, einen Staat des Sozialismus zu haben, private Eigentümer der Produktion zu enteignen, nicht einmal reicht es sozialistische Leiter der Betriebe einzusetzen, wenn nicht auch dazu übergegangen wird, das kapitalistische Produktionsverhältnis im Eigentlichen, also C+V+M, aufzuheben und es durch das sozialistische Verhältnis zur Produktion *auch der Form nach zu ersetzen*.

Wie lautet aber diese Form/Formel? Da haben wir es: Sie ist ja nie, auf jeden Fall noch nicht den realen Formen nach, geboren worden. *Eben weil es bei der kapitalistischen Form/Formel geblieben ist.*

Gibt es aber eine solche eigene Formel? Kann es sie überhaupt geben? Man müsste nach dem Wesen der sozialistisch geleiteten Produktion fragen. Die kapitalistische Formel hat ja einen imperialen Charakter. M , der Mehrwert, ist ein Gegensatz zu V , dem Lohn für den Arbeiter. Per M /Mehrwert kauft der Kapitalist nicht mehr den schon gekauften Arbeiter, sondern weitere Arbeiter, mehr Arbeiter. So wird der Kapitalismus eine ständig über sich hinaustreibende Ökonomie, wird er eben expansiv oder (Lenin:) – imperial, imperialistisch. Was der Kapitalist dabei aber im Grunde expandiert, ist das Geld, die versachlichte Form bekanntlich seines Wertes (Marx). Hierbei sind Gebrauchswerte – oder eben auch menschliche Arbeitskräfte – nichts als verwandelte Formen des Geldes (ebenso Marx).

*

Diesen imperialen Charakter hat die sozialistische Ökonomie nicht. Sozialismus in der Ökonomie heißt im Gegensatz zur kapitalistischen, dass deren expansiver, imperialer Charakter aufgehoben wird; und heißt, dass ein nichtexpansiver, nichtimperialer Charakter an deren Stelle tritt.

Wie konkret? Es heißt, dass die sozialistische Ökonomie im Prinzip von einer Vollbeschäftigung (vollen Beschäftigung aller Menschen eines Volkes/Staates, die zur Arbeit fähig sind) ausgeht, d.h. ein jeder ein Arbeitsverhältnis bekommt. So dass V im Sinne einer Expansion, also über die Form M , *nicht mehr möglich ist*. Alle arbeiten, Expansion in Arbeitern ist – im gegebenen Rahmen von Völkern/Staaten -, nicht mehr möglich. Dass M verschwindet heißt, V /Lohn (!) kann ausdehnen bis auf W_1 , das heißt Wert, wie er durch lebendige Arbeit C , der konstanten Arbeit, zugefügt wird! M verschwindet damit aus der Wertform (wenn es bei dieser bliebe bzw. mal „wertökonomisch“ gesprochen), d.h. diese verwandelte in C plus V ($C+V=W$; oder $W=W_c$ und W_v)^{27, 28}.

²⁷ V und M sind ja auch nichts als auf W_c plus W_1 aufgetragene Verhältnisse. Verschwindet V und M , kommt nichts als der Wert wieder zur Erscheinung – wie in der einfachen Warenproduktion.

²⁸ Dass M „verschwindet“ - durch Übernahme rein von V – muss nicht bedeuten und bedeutet auch nicht, dass die Arbeit im Sektor der erweiterten Reproduktion verschwindet, also die Form des Gewinns dem Gebrauchswert nach. Sie kann auch durch Modifikation von C angeeignet werden. C kann erweitern von C_e (einfache

M absolut nicht mehr möglich? Nun, im Rahmen einer Nation nicht mehr, aber bezogen auf andere Nationen schon. Aber was hieße denn das? Z.B. wenn dem einen sozialistischen Staat andere sozialistische Staaten gegenüber stünden? Es hieße, dass der eine Staat sich die Arbeiter anderer Staaten unterresp. einordnete bzw. hieße auch, dass er die Arbeit anderer Staaten zerstörte und die dadurch bislang beschäftigten Arbeiter dieser Länder „auf die Straße setzte“, grob gesagt, dem Hungertod aussetzte.

Nach innen sozialistisch, nach außen ... kapitalistisch?

Das wäre wohl ein Gegensatz ... zum Sozialismus

Daher zurück zu unserer Frage, was Revisionismus im Sozialismus wäre/ist. Ich sagte: Eigentlich der Erhalt resp. die Fortsetzung der Kapitalformel $C+V+M$ für die Produktionsverhältnisse, im Einzelnen also Betriebsverhältnisse.

Aber so, ich sagte es schon, *beginnt* doch der Sozialismus, d.h. so gehen die Betriebe des Sozialismus doch aus dem Kapitalismus hervor. Jeder Sozialismus beginnt mit $C+V+M$. Er beginnt mit dem Staat des Sozialismus, aber nicht mit dem Produktionsverhältnis des Sozialismus. D.h. er beginnt nicht erst im Sozialismus mit *seinem* Produktionsverhältnis, seinem Sozialismus in der Ökonomie - nachdem er mit dem Staat als sozialistischen begonnen -, sondern mit dem *kapitalistischen ökonomischen Verhältnis*. Also ganz verkehrt.

Am Beginn jedes Sozialismus steht eine Periode, in der die Arbeiterbewegung erst erkennen/erarbeiten muss, was ein sozialistisches Verhältnis zur Produktion ist.

Ist das geschehen? Ja. Aber begrenzt. Es wurde „zentral“ bestimmt, per „staatlichem Eingriff“ in die Ökonomie die Ökonomie bestimmt, und das heißt per Plan bestimmt. Aber wurde, was der Staat bestimmt hatte, in die Wertform, in die Preise übertragen? So dass über die Preise der Betriebe (betrieblichen Produkte) die Wirtschaft reguliert wurde, den Planvorgaben entsprochen wurde? Was hatte denn der Plan bestimmt? Nun, wieviele

Reproduktion) zu Cee (einfache und erweiterte Reproduktion). Und so war es ja auch rein faktisch gesehen, d.h. durch den „Staat“ so geregelt worden.

Gebrauchswerte ein Betrieb zu produzieren hatte. Dazu hatte er (gesellschaftliche Arbeitsteilung!) Gebrauchswerte anderer Betriebe in zur Planerfüllung notwendigen Mengen anzueignen. Wie? Mit Geld. Frage: Mit welchem Geld? Mit dem Geld, das er über seinen eigenen Preis realisierte? Ja, das wäre möglich gewesen – vorausgesetzt, $C+V+M$ des Betriebes hätten ausgereicht, alle Gebrauchswerte der anderen Betriebe zu kaufen. $C+V$ dabei in gewohnter Menge, und M erweitert. Aber über M hinaus nicht mehr. D.h. was, wenn per Plan bestimmt worden wäre, die Produktion über die innere Möglichkeit von M , d.h. über $W = \text{Wert der Ware}$ hinaus zu erweitern?

*

Womit wir bei unserem Problem angelangt wären. Äquivalente Erweiterungen (Erweiterungen, die aus der Äquivalenz, d.h. dem Wert entspringen) sind in der Warenproduktion möglich. Proportionale Erweiterungen dagegen verlangen den Zugriff auf anderes, äußeres Geld, auf - gesellschaftliches Geld. Proportionale Entwicklung der Produktion ist aber eine Grundeigenschaft jeder gesellschaftlich entwickelten Arbeit. Diese liegt auch der Warenproduktion, die zum Kapitalismus entwickelt, zugrunde. Warenproduktion ist aber Eigentum an der Arbeit nur, soweit sie eigene Arbeit ist, also nicht „fremde, andere Arbeit“ ist. Wie also verhalf sich der... wertgeleitete Eigentums-Kapitalismus? Er half sich mit – dem Finanzkapital, einer gesellschaftlichen Form des Geldes. Jedenfalls dem Zugriff nach, Eigentum ist ja eine andere Frage.²⁹

Jede Warenproduktion, die an den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit gerät, muss eine spezifische Form der Warenproduktion entwickeln, in der auch die proportionale Entwicklung der Arbeit gewährleistet ist. D.h. sie muss die äquivalente Form der Aneignung von Geld ergänzen durch eine gesellschaftliche (besser: proportionale) Form der Aneignung von Geld; sie erfand die Form Kreditgeld. Per Kredit reguliert sie die Proportionalität, d.h. die Produktion abweichend von der Äquivalenz; so sichert/garantiert sie höhere/schnellere Formen der ökonomischen Entwicklung als die, die sie über

²⁹ Betriebe, soweit sie M nicht zur eigenen erweiterten Reproduktion benötigen, speisen die überschüssigen Geldteile eben in einen gesellschaftlichen Geldfonds; dabei endet ihr Eigentumsverhältnis auf diese Mittel nicht, d.h. sie nehmen sogar per Zins an der Vermehrung des Finanzkapitals teil.

das reine Wertprodukt – oder die Wertform/das Wertgesetz - sichern/realisieren könnte.

Und was hat das nun mit dem Sozialismus zu tun, einer Planwirtschaft? Wie regelte sie die proportionale Aneignung dem Gebrauchswert nach über die – erhalten gebliebene – Geldform?³⁰

Eine ebenso kurze Antwort: Er/Sie geht von vornherein zur proportionalen Aneignung von Geld für die Betriebe über. Die den Betrieben im Sozialismus zum Kauf von Gebrauchswerten zugewiesenen Geldfonds sind/waren a priori bestimmt nach den Preisen der Betriebe, von denen sie Gebrauchswerte zu ihrer eigenen Produktion bezogen. D.h. es waren nach dem Gesetz der Proportionalität gebildete und angeeignete Geldfonds. Geld für eine erweiterte Reproduktion war in diesen Fonds immer mit einbezogen.

Ich hatte gesagt, bei gesellschaftlichem oder auch gemeinschaftlichem Charakter der Arbeit wird das Produktionsverhältnis nach der Aneignung dem Gebrauchswert nach bestimmt; d.h. es gibt einen Wechsel, worin dies der Form nach gesetzt sein muss. 1. ohne Geld, d.h. nur nach der Form Gebrauchswert - und diese Weise hat Marx so gesehen, die andere aber, und, dies 2., über (!) das Geld.

Über das Geld? Doch/Auch über das Geld? Ja, hier staunt der Fachmann, und der Laie wundert sich (Oder war/ist es umgekehrt? Na, es ist wohl eher so, dass der Laie gar nichts denkt, sich weder wundert noch staunt, und nur der Fachmann ... staunt. D.h. er muss lernen, dazulernen).

Also zunächst haben/hatten wir von Marx gelernt, dass bei „unmittelbar gesellschaftlichem Charakter der Arbeit der Wert als sachliche Eigenschaft der Arbeit“ aufgehoben ist; und Engels ergänzte: Der Wert „... zöge sich in die Produktion zurück“.³¹ Aber wir wissen ja inzwischen der Realität nach, dass zunächst, am Beginn des Sozialismus die Wertform (in ihrer

³⁰ Marx hatte ja eine andere ökonomische Form für den Kommunismus (ab seinem Beginn) vorgesehen: Für die individuelle Konsumtion Arbeitszeitbescheinigungen, für die Produktion aber bereits die direkte Aneignung der Gebrauchswerte, ganz ohne Geld. Es kam etwas anders.

³¹ Wo er übrigens immer, dem Original nach, „haust“. Wie jeder Produktionsarbeiter, zumindest Stücklohnarbeiter, weiß.

kapitalistischen Modifikation, so jedenfalls scheint es) erhalten blieb. Marx ist ... zu revidieren. Auf jeden Fall historisch. Die Form zersprang nicht so, wie er sich das dachte; genauer: er sah diese Form ab sofort, ab dem sozialistischen Beginn des Kommunismus, auf Nimmerwiedersehen verschwunden.

Was war anders? Die Geldform blieb! Aber war sie denn noch eine Wertform? Hier setzt der zu entwickelnde Marxismus an: Nein, diese blieb nicht erhalten!

Das ist zu lernen: Es gibt eine Form des Geldes – eine Entwicklung der Geldform selber -, die als *keine Form des Wertes mehr zu interpretieren ist*. Noch besser: Das Geld selbst besitzt gar keine Wertform, es „drückt seinen Wert nicht aus“ (Marx), nur dadurch kann ein Gebrauchswert ... ein Gebrauchswert bleiben und können ... *Waren* im Geld ihren Wert ausdrücken. Es dient einfach. Oder auch so: Im Geld selbst ist nicht gesetzt, dass es nur (!) der Warenproduktion dient wie dienen kann, es kann auch (!) ihrem Gegenteil dienen.

Ob es überhaupt noch ein Wertverhältnis im Sozialismus gibt, *ist nicht am Geld selbst feststellbar*, sondern ist nur feststellbar, wenn *Waren* ihren Wert im Geld (in Geldmengen) zum Ausdruck bringen. Und diese Form ist – Preis. Per Preis, per Ausdruck als Preis als eine ideelle Form erst des Geldes, bringen die Waren/Produkte zum Ausdruck, ob ein Verhältnis der Menschen zur abstrakten Seite der Arbeit noch aufgenommen ist. Dazu müssen *Preise (!) bewegen wie die Werte bewegen bzw. verändern* – und diese Bewegungen finden ausschließlich in der Arbeit statt. Sie, nur sie, müssen per Preis zum Ausdruck gebracht werden, nur dann haben wir es beim Geld, worin die Preisbewegung übertragen, mit einer Wertform zu tun. Reine Preisbewegungen reichen hierzu nicht (sie können auch aus anderen Gründen bewegen/verändern). Nur wenn die Preise zum Ausdruck bringen, welche Bewegungen in der Arbeit stattfinden, handelt es sich bei Preisen um Ausdrücke des Wertes und handelt es sich, wird ein Verhältnis von Betrieben/Menschen zu diesen Bewegungen aufgenommen, um ein Produktionsverhältnis des Wertes oder der Warenproduktion. Und das wäre auch *im Sozialismus* der Fall (noch nicht *des Sozialismus*, darum geht ja der Kampf)

Wurden die Preise im Sozialismus, in der Planwirtschaft, denn bewegt wie die Werte in der Arbeit sich bewegen?

Wir sind im Sozialismus angelangt.

*

Nein, sie wurden es nicht. Man kann nicht aus dem formalen Erhalt noch der Preise resp. des Erwerbs von Produkten noch über die Form Geld schließen, dass es sich im Sozialismus ökonomisch noch um eine Warenproduktion handelt. Wer hier nicht mitdenkt, erkennt nicht, kann nicht den realen Sozialismus, die realen „Preis“bewegungen, die reale Aneignung von Geld (durch Individuen, aber auch durch Betriebe) verstehen. Oder will es auch nicht. Er will dann eben aus dem Beibehalt der Formen von Preis und Geld immer noch auf die Realität einer vom Wert geleiteten Warenproduktion im Sozialismus schließen.

Und das ist eben falsch, leitet zum Revisionismus im Sozialismus über.

Denn die Wertform - oder besser/richtiger: die Geldform - im bereits ersten (!) plangeleiteten Sozialismus hat eben eine Wandlung erfahren. Und diese ist wesentlich, denn sie erklärt uns die *reale, die wirkliche Überwindung der Wert- resp. Kapitalform C+V+M der Form nach*.

Die „Wandlung“ ist in Wirklichkeit erste Form der Negation! Negation, die in den Formen der Nichtnegation, eben des Erhalts noch der Form stattfindet. 1. Preis/Preise ist/sind erhalten, aber sie bewegen/bewegten nicht mehr wie die Arbeit bewegt. D.h. im realen Sozialismus wandelten die Preise in Festpreise um. 2. Damit entstand eine neue Form der Geldmengen-Bildung, sie vermehrt jetzt mit dem Wachstum Gebrauchswerten nach, und zwar der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. D.h. die Bildung von Geld der Menge nach wechselt von der abstrakten Seite der Arbeit auf die konkrete Seite der Arbeit über. 3. Geld wird angeeignet (!) nicht mehr nach der Arbeitszeit, die man selber geleistet hat, sondern angeeignet nach der Arbeit, die für einen geleistet worden. (Mit Wertpreisen kann man nicht planen – so die sowjetische Ökonomie noch in den 60er, 70er Jahren)³². Das gilt für Betriebe wie

³² Man kann nicht Geldmengen planen, wenn Betriebe eigene Geldmengen per Preisbewegung bilden.

Individuen. Betriebe eignen, um produzieren zu können, Gebrauchswerte an. Und wieviel sie aneignen, bestimmt sich aus dem Plan, der den Betrieben gesellschaftlich vorgegeben wurde; also nach dem Bedürfnis. Bedarf es dazu der Form nach noch immer des Geldes, so bestimmt sich diese Geldmenge jetzt nicht mehr aus der Preis-/Geldbildung der eigenen Arbeit, sondern der Preis/Geld-Bildung der anderen Arbeit, aus der man Gebrauchswerte bezieht. Die Geldmengen, zu denen man „kauft“, sind also im realen Sozialismus aus den Preisen der Betriebe bestimmt, von denen man Gebrauchswerte aneignen muss, um selber produzieren zu können. D.h. es kommt zu einer anderen Geldsumme, zu der man „kauft“, als zu der, die man selber produziert hat (per Preis). Die Aneignung auch dem Wert (!) nach, wandelt also aus einer äquivalenten in eine proportionale Form um. Und bei den Löhnen ist es ebenso: Sie werden nicht länger aus den Preisen des Betriebes bestimmt, in denen man arbeitet, sondern sind Ableitungen aus den Betrieben, die Konsumtionsmittel produzieren. Löhne sind der Geldform nach Aneignungen aus der Geldbildung durch die Abteilung II/Konsumtionsmittel der gesellschaftlichen Arbeit. Auch das ist schon eine erste Form der gebrauchswertgeleiteten Bestimmung wie Aneignung der Löhne. Es war im realen Sozialismus nur Schein, dass Löhne noch aus der Preisbildung der Betriebe gezahlt wurden. Die Einordnung der Löhne noch in die betrieblichen Preise war ein schwerer Fehler; es hätte der offen äußeren Zahlungsform der Löhne bedurft, womit Bewusstsein über die Revolution des realen Sozialismus eingetreten wäre.

Betriebe können gesellschaftlich geordnete Geldbildungs-Verhältnisse nicht mehr selber regeln, sondern dazu bedarf es einer übergeordneten Wirtschaftsmacht – des sozialistischen Staates. Nicht „Staatssozialismus“, sondern Sozialismus durch Staat.

Das also *war* die Revolution, die der neue sozialistische Staat in die Aneignungsformen der Ökonomie hineingebracht hat, in die kapitalistische Form/Formel $C+V+M$, womit er ihr einen neuen Charakter verpasst hat: Den Charakter einer Übergangsform zu einer direkten Aneignung dem Gebrauchswert nach ohne die Form noch von Preis und Geld. Man kann den Preis stilllegen, und das heißt eben, dass er seinen Wertbezug verliert, und man kann dem Geld einen Bezug zu einer anderen Seite der Arbeit geben: konkreten. Dann gerät es an eine andere Form des Wachstums. Man kann die

ökonomischen Formen des Kapitalismus erhalten, ihnen gleichzeitig aber die ökonomischen Inhalte des Sozialismus verpassen. Oder auch so: Den Kapitalismus legt man still, den Sozialismus setzt man in Bewegung. Etwas anderes ist es – vom Wesen her – nicht gewesen. Ändern in Formen ist bereits erste Form der Veränderung.

Letzte Frage: Das ist Revolution, und was wäre Revisionismus? Die Antwort ergibt sich von selber: Füllen dieser Formen wieder mit den alten Inhalten; und das heißt: Bezügen in der Arbeit. Statt weiter mit Bezug auf die konkrete Seite der Arbeit Rückkehr zu einem Bezug wieder zur abstrakten Seite der Arbeit. Statt direkte Aneignung der gesellschaftlichen Arbeit durch die Betriebe, wieder zuerst Aneignung der so genannten eigenen Arbeit, und dann der gesellschaftlichen, also Arbeit „anderer“. Wo dies in Reformen im Sozialismus vorgesehen – Kossygin-Reform in der UdSSR, Neues Ökonomisches System in der DDR, Dubcek-Reformen in der CSSR usw. -, haben wir es mit Revisionismus zu tun, und zwar deshalb Revisionismus (und nicht Reformismus), weil wir die *revolutionären Formen in der Ökonomie ja schon hatten*. Festpreis und Geldmengenbildung aufgrund der konkreten Seite der Arbeit sind Revolutionen ökonomischer Art, wie sie nur in den Sozialismus, bei dem Staat als sozialistischen fallen können! Sie revidieren ist Revisionismus im Sozialismus – und ist, wenn es per Staat zu dieser Rückbildung kommt, eine Abart des Revisionismus in der Staatsfrage durch den ... „sozialistischen“ Staat.

Reformismus dagegen hätte uns gar nicht erst an den Staat herangeführt, der diese revolutionären Formenwechsel in Angriff genommen hat. Man ist fast geneigt, beim inneren Revisionismus von einem Fortschritt gegenüber dem Reformismus zu sprechen, weil er in der Tat erst im Sozialismus befindlich auftreten kann, also dieser immer seine Voraussetzung ist. Wir brauchen nicht erst einen Staat zu stürzen, um den inneren Revisionismus zu überwinden – wie das aber beim Reformismus der Fall ist. *Wir brauchen einfach nur richtig über uns zu denken in – Staat, Partei und Volk.*

Heinz Ahlreip: Die Wurzeln eines 3. Weltkrieges mit atomaren Optionen geht auf das Jahr 1956 zurück

Am 6. August 1945 warfen die US-Imperialisten in weltgeschichtlicher Hinsicht die erste Atombombe auf Hiroshima, am 9. August folgte eine weitere auf Nagasaki. Beide Abwürfe waren militärisch sinnlos und wurden dann auch im machtmonopolistischen Geiste auf Leningrad und Moskau abgeworfen. Diese beiden Abwürfe sind bis heute die einzigen in der Geschichte geblieben, im Koreakrieg (1950 – 1953) verlangte der Fünfsternegeneral Mac Arthur wie besessen zwar den Abwurf von Atombomben auf die Volksrepublik China, konnte sich aber trotz seiner hohen Reputation nicht durchsetzen.

Am 29. August 1949 teste die Sowjetunion die erste Atombombe und brach damit das US-amerikanische Nuklearmonopol. Die Sowjetunion hatte es nicht nötig, eine höhere Kapazität nuklearer Sprengkraft zu entwickeln, denn die Kommunisten um Stalin waren nicht aggressiv ausgerichtet. Wichtig war eine gegenseitige Abschreckung, der rote Knopf paralyisierte prä nukleare militärische Szenarien in der Phantasie.

Das Heranwachsen eines heute möglichen dritten Weltkrieges mit der Gefahr eines zweiten Einsatzes von Atombomben und wahrscheinlich finalen Charakters begann mit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, auf dem die Chruschtschow-Revisionisten sich einerseits von der Idee der Verfolgung einer leninistisch-militanten proletarischen Weltrevolution verabschiedeten und andererseits den Imperialismus - entgegen immer noch gültigen Kernaussagen Lenins - pazifistisch zahm predigten. Beides zusammen ergab einen Sumpf, in dem revolutionäre Wachsamkeit einsank und in dem die Keime eines dritten Weltkrieges bereits ausgesetzt waren.

Noch heute täuschen die Revisionisten aller Länder die Völker, dass sie die relativ lange Friedensruhe in Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf ihr Konto buchen, während heute eine mehr und mehr akut werdende Weltkriegsgefahr zu Buche schlägt, denn sie haben, teils erfolgreich, alles getan, der Arbeiterklasse und den Bauern im Kampf gegen den sogenannten Personenkult in ideologisch Hinsicht die Zähne zu ziehen, und ihnen gegenüber den Imperialismus als eine ungiftige Schlange präsentiert.

Der Status quo einer zweigeteilten, sich militärisch im Patt befindlichen Welt war während der Existenz der Sowjetunion anscheinend blockbildend zementiert. Die Welt schien so auch dialektisch in Ordnung zu sein.

Aber die tief innerliche ruhelose Dialektik lässt keinen stabilen Status quo, kein dauerhaftes Gleichgewicht in der Geschichte zu. Nach dem Wiener Kongress, der am 9. Juni 1815 endete, und zu Zeiten Bismarcks glaubte man in einem Zeitalter des Gleichgewichts zu leben, im Imperialismus geht das nicht mehr.

Der sogenannte relativ stabile Frieden des kalten Krieges wurde erkaufte durch die Ausbeutung von Millionen Lohnarbeitern in Ost und West. Nüchtern betrachtet besaß die Arbeitswelt der DDR für die Lohnsklaven in der BRD keine Alternativfaszination, auch das war eine Folge des 20. Parteitages so wie das Aufstellen des preußischen Königs Friedrich hoch zu Ross vor der Humboldtuniversität in Berlin, den Marx und Engels in ihren Schriften über das reaktionäre Preußentum als einen der größten kriminellen Lumpen der deutschen Geschichte bezeichnet hatten.

Die Revisionisten mögen mir vorwerfen, ich verstehe nichts von hoher Staatskunst, aber ich setze auf historische Fakten und auf Einschätzungen der Klassiker.

Die ganze revisionistische Politik seit 1956 lief darauf hinaus, die Sowjetunion in eine Art zweite USA zu transformieren. Ein kluger Leitartikler der New York Times bemerkte das bereits kurz nach dem ominösen Parteitag 1956, der vom 14. bis zum 25. Februar stattfand. Gorbatschow, Jelzin und ihre Cliques vollzogen dann endlich den lange ersehnten und im Geheimen vorbereiteten Schulterchluss mit den USA. (So wie es heute nicht die Ukraine, sondern deren Kompradorenbourgeoisie wünscht). Vom Ende der Geschichte war 1990 die Rede, der Ewige Frieden sei nun endlich historisch durchgesetzt.

Das Gegenteil war der Fall. Durch den Kollaps der Sowjetunion erhöhte sich die Anzahl regionaler Kriege, auch besonders auf ihrem ehemaligen Territorium, immens. Denn der Ewige Friede dank dem lieben Onkel Gorbis war ein imperialistischer Friede.

Heute, 30 Jahre später, dröhnt ein dritter Weltkrieg in den Ohren, und die bürgerlichen Regierungen tun alles Erdenkliche, auf ihn zuzusteuern. Die Bourgeoisie schreit danach, Kriegspartei zu werden.

Seit dem Aufkommen der internationalen Arbeiterbewegung sind heute die Kommunisten mehr gefordert als je zuvor. Die Bourgeoisie ist bereit, ohne allen Anstand die Menschheit ins atomare Inferno zu treiben, eine andere Kraft als das Weltproletariat gibt es nicht, diesem perversen Treiben, das mittlerweile die ganze moralische Verkommenheit der Spätbourgeoisie anzeigt, ein Ende zu setzen.

Nur in der Hand des Weltproletariats liegt es, dass der 1. Mai 2022 nicht der letzte Kampf- und Feiertag aller Werktätigen auf Erden bleibt.

Zum Internationalen Kindertag - ein Märchen

Redaktion offen-siv: Vorbemerkung zur Entstehung des Internationalen Kindertages

Zunächst: Die folgenden einleitenden Ausführungen stammen nicht von uns, sondern sind von „wikipedia“ übernommen.

Wikipedia: „Die Einrichtung eines internationalen, jährlich stattfindenden Kindertages wurde im Dezember 1948 in einer Resolution des in Budapest tagenden 2. Weltkongresses der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) vorgeschlagen. Auf der Ratstagung der IDFF im November 1949 in Moskau wurde dann der 1. Juni als Datum des Kindertags festgelegt. Der ebenfalls sozialistisch ausgerichtete Weltbund der Demokratischen Jugend schloss sich dieser Idee im Januar 1950 an. Der erste Internationale Kindertag wurde noch im selben Jahr am 1. Juni begangen und etablierte sich gleichzeitig oder kurz darauf in vielen sozialistischen Ländern.

...

Als die Geburtsstunde des UN-Weltkindertages gilt der 21. September 1954. An diesem Tag empfahl die 9. Vollversammlung der UNO ihren Mitgliedsstaaten die Einrichtung eines weltweiten Kindertages. So sollte der

Einsatz für die Rechte der Kinder gefördert werden sowie die Freundschaft unter den Kindern und Jugendlichen. Außerdem sollten sich die Regierungen einmal im Jahr öffentlich verpflichten, die Arbeit des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF zu unterstützen.“

„Internationaler Kindertag“ in der DDR, 1. Juni

Nach sowjetischem Vorbild führte die DDR den Internationalen Kindertag im ersten Jahr ihres Bestehens ein. Er wurde als „Kampftag für die glückliche und friedliche Zukunft aller Kinder“ verstanden. Am Internationalen Kindertag fand kein regulärer Unterricht statt. In Schulen und Kindergärten wurden Kinderfeste veranstaltet. Es gab Kinder- bzw. Pionierfeste, Veranstaltungen mit Gratulationen und kleinen Geschenken von den Eltern, Lehrern und Erziehern. In Schulen und Kindereinrichtungen wurde der Tag mit Umzügen, Spielveranstaltungen und festlichen Programmen gestaltet.

„Weltkindertag“ in der BRD, 20. September

Mit der Verabschiedung der UNO-Resolution von 1954 wählte die BRD den 20. September als Weltkindertag. (Anmerkung Red. offen-siv: Da von der UNO kein Tag mit internationaler Gültigkeit festgelegt wurde, gab es dann einen bunten Strauß unterschiedlicher Daten für den Weltkindertag – es war eben kein „internationaler Kindertag“ – und sollte es auch nicht sein.) Abgesehen von vereinzelt Aktionen und Festen wurde dieser Tag von der Bevölkerung der BRD kaum wahrgenommen. ... Erst als das Deutsche Kinderhilfswerk 1989 im Zuge der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention den Weltkindertag mit einem Kinderfest in Bonn feierte, wuchs die Bedeutung dieses Datums wieder an. Fortan gab es von der Bundesregierung bzw. Bundesministerien jährliche Pressemitteilungen.“

Willi Franke: Kinder brauchen Frieden! Zum internationalen Kindertag

Der internationale Kindertag steht vor der Tür. Nach 8 Jahren herrscht in Europa wieder Krieg, davor war es nur 15 Jahre friedlich und davor 54 Jahre. Doch warum war gerade die vorletzte Zeitspanne so lang und was hat sie mit dem internationalen Kindertag zu tun? Dieser Text ist eine märchenhafte Geschichte und richtet sich direkt an Arbeiterkinder:

Es gab eine Zeit, da viele Kinder in Deutschland ohne ein Dach über dem Kopf leben mussten. Sie spielten im Schmutz und im Schutt, den ihnen der Hitler-Faschismus eingebracht hatte. Anstatt sorgenfrei leben zu können, hatten sie Hunger, waren Geflüchtete, durften nicht auf das grüne Gras, da dort hätten Minen liegen können und ihre Väter waren entweder gefallen, in Kriegsgefangenschaft oder im Konzentrationslager.

Dann sagten genau diese Kinder: “Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!” Obwohl sie erst 4 Jahre, 10 Jahre oder 15 Jahre alt waren, wurden sie aus ihrer jungen Kindheit innerhalb weniger Jahre zum Erwachsensein gezwungen. Sie übernahmen Verantwortung für sich und andere Menschen.

Während in einem Teil Deutschlands dieses Verantwortungsbewusstsein begrüßt und gefördert wurde, wurden diese Kinder im anderen Teil Deutschlands, der BRD, verfolgt, eingesperrt und verleumdet. Ihnen wurden ihre Organisationen verboten und sie wurden aufgrund ihrer friedlichen Gesinnung von denselben Richtern in das Gefängnis gesteckt, die schon ihre Mütter und Väter verfolgt hatten!

In dem anderen Teil Deutschlands, der DDR, durfte sich die Kinder und Jugendlichen genauso entwickeln, wie sie es sich selbst versprochen hatten: frei und jugendlich in einem friedlichen Deutschland zu sein. Die Befreier waren in diesem Teil Deutschlands nicht auf Rache aus, sondern halfen diesen Kindern, zu mündigen Bürgern zu werden. Bildung wurde für sie ein Schlüssel der Selbstbefreiung und kein Instrument der Knechtschaft. Sie mussten keinen Hunger mehr spüren, nicht mehr im Schutt Furcht vor zusammenstürzenden Häusern haben und nicht mehr die Angst haben, an der Front verheizt zu werden. Das alles lag nur daran, dass sie selbst entscheiden

konnten, wer oder was sie sein wollten. Und sie entschieden sich nur für eines: für den Frieden!

Diese traumhafte Geschichte ist nicht erfunden. Sie war Realität. Die Befreier waren die Sowjets, die Kinder waren diejenigen, die heute selber Enkelinnen und Enkel haben und deren Frieden so lange sicher war, so lange sie darüber entscheiden konnten, was in ihrem Land passierte. Denn die Fabriken und alle Reichtümer des Landes gehörten den Arbeitern, also auch den Kindern. Viele Kinder aus der ganzen Welt guckten hoffnungsvoll in dieses kleine Land der Menschen und deshalb auch der Kinder, die Deutsche Demokratische Republik, die DDR. Viele leidende Kinder aus aller Welt durften in dieses Land reisen, sodass auch sie in Frieden und Selbstbestimmung aufwachsen konnten.

Heute gibt es wieder Kinder, die leiden müssen, die genau das durchmachen müssen, was die Kinder von einst in Deutschland erlebt haben. In Syrien, Libyen, Donezk, Lugansk und der Ukraine wollen Kinder auch in Frieden leben, aber sie können es nicht. Denn die Kapitalisten Deutschlands und anderer Länder lassen es nicht zu. Der Kapitalismus zwingt die Fabrik- und Bankenbesitzer dazu, Krieg machen zu müssen, damit sie auch den letzten Cent Profit nach Deutschland einziehen und in ihren Besitz bringen können.

Heute gibt es die DDR nicht mehr. Aber ist gibt noch Arbeiterkinder da draußen. Wenn sie sich der eigenen Kraft bewusst werden, dann ist ein friedliches Deutschland wieder möglich. Frieden nicht nur für Kinder in Deutschland, sondern auch in der Ukraine, Lugansk und Donezk.

Was ist die Moral von der Geschichte? Sind Banken und Fabriken in Arbeiterkinderhänden, gibt es Kriege nicht!

Kommunistische Organisation (KO)

Bericht zur vierten Vollversammlung der Kommunistischen Organisation

Nach über zwei Jahren, in denen wir pandemiebedingt keine Präsenzvollversammlung abhalten konnten, fand unsere vierte Vollversammlung in Präsenz statt. Aufbauend auf unserem Diskussionsprozess um die Frage der Kommunistischen Partei im vergangenen Jahr fassten wir einen zentralen Beschluss zur Parteifrage, der unsere weitere Arbeit leiten wird. Außerdem entwickelten wir einen Beschluss zur Klärung der Imperialismusfrage, mit dem wir auf den diesbezüglich bestehenden Dissens in unserer Organisation und in der kommunistischen Bewegung reagieren.

Vom 22.-24.04. führten wir unsere vierte Vollversammlung (VV) durch. Die VV ist das höchste beschlussfassende Gremium der Kommunistischen Organisation. Auf ihr entscheiden die Mitglieder über die zentralen Vorhaben der kommenden Legislatur. Als Ort der Diskussion, Kritik und Beschlussfassung ist die Vollversammlung zentraler Bestandteil unseres Organisationsprinzips, des Demokratischen Zentralismus. Eine gute Vorbereitung ist dabei unerlässlich, weshalb die Diskussionen und Planungen zur VV bereits in den letzten Monaten in unserer Organisation viel Raum einnahmen.

Verabschiedung der Thesen zum Aufbau der Kommunistischen Partei

2021 beschlossen wir auf unserer dritten VV, uns ein Selbstverständnis im Sinne einer Verständigung über uns selbst, unseren Charakter und unsere Ziele zu erarbeiten. Diesem Beschluss ging eine Phase der intensiven Selbstreflexion über die vor uns liegende Aufgabe voraus: Die Formierung der Kommunistischen Partei. Ein Schwerpunkt der vierten Vollversammlung war nun, das nach umfassender Diskussion in unserer Organisation und nicht zuletzt auf unserem zurückliegenden Sommercamp entwickelte Selbstverständnis als Thesen zum Aufbau der Kommunistischen Partei zu beschließen. Damit halten wir unseren kollektiven Diskussionsstand zur Frage fest, wie die Kommunistische Partei aussehen muss und wie wir ihren Aufbau

angehen. Die Thesen sind ein kollektives Verständnis über unsere Aufgaben als Klärungs- und Aufbauprozess und damit die Voraussetzung des planmäßigen Parteaufbaus.

Die Thesen zum Aufbau der Kommunistischen Partei umfassen zwei Teile: Der erste Teil hält das Konzept der Partei Neuen Typs als notwendige Organisationsform der Kommunisten zur Führung der Arbeiterklasse in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus fest und geht insbesondere auf die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus, die Frage der Entwicklung der richtigen Strategie und Taktik sowie auf die Notwendigkeit eines Kaderstamms ein. Der zweite Teil der Thesen stellt den Aufbau der Kommunistischen Partei und den Kampf gegen den Revisionismus als die notwendigen Aufgaben der Kommunisten in Deutschland heute heraus. Insbesondere wird auf die Krise der kommunistischen Bewegung eingegangen, deren zentrale Ursache die Durchsetzung von Revisionismus ist, auf den planmäßigen und abrechenbaren Charakter des Aufbaus sowie auf den Klärungsprozess als Instrument der KO, um die theoretischen Voraussetzungen für die Parteigründung zu schaffen.

Wir wollen die Thesen weiterentwickeln, sie sind ein erster Aufschlag und nicht endgültig. Wir wollen sie der Kritik und Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung unterziehen. Ursprünglich war für das nächste Jahr geplant, unser Verständnis der Aufgaben der Kommunistischen Partei und der Probleme bei ihrem Aufbau anhand der Erfahrungen und Diskussionen der kommunistischen Bewegung nach den konterrevolutionären Prozessen vor gut dreißig Jahren zu vertiefen. Wir halten dies weiterhin für eine wichtige Aufgabe, die noch vor uns liegt.

Dissens in der Imperialismusfrage

Der Parteaufbau findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern erfordert Klarheit in den zentralen Fragen der kommunistischen Bewegung und des Klassenkampfes unserer Zeit. Wir brauchen Klarheit über das imperialistische Stadium des Kapitalismus, in dem wir leben und nach dem wir unseren Kampf ausrichten müssen. Die Frage, wie die aktuelle russische Militärintervention in der Ukraine zu bewerten ist, hat in der kommunistischen Bewegung, so auch in unserer Organisation, offengelegt, welche unterschiedlichen und teils gegensätzlichen Einschätzungen des

Imperialismus bestehen. In einer Selbstkritik hielten wir fest, dass wir als Organisation die Klärung organisiert angehen müssen.

Daraus folgend war die Frage des Imperialismus und konkret der Einschätzung der russischen Militärintervention ein weiterer Schwerpunkt unserer Vollversammlung. Wir begannen mit einer längeren Generaldebatte, die an den Diskussionsbeiträgen anknüpfte, die auf der Diskussionstribüne zum Imperialismus im Vorfeld zur VV veröffentlicht wurden. Die Diskussionstribüne eröffneten wir, um die bestehenden Dissense in dieser Frage und die damit zusammenhängenden Annahmen und Argumente grob abzubilden.

Priorisierung der Klärung

Schließlich beschlossen wir, den bestehenden Dissens und unsere daraus entstandene Lähmung nicht zu ignorieren, sondern die organisierte Diskussion und Klärung jetzt anzugehen. Wie bei den Thesen zum Parteaufbau wollen wir in die Diskussion mit anderen Teilen der kommunistischen Bewegung gehen. Bis zur fünften Vollversammlung im kommenden Jahr wollen wir sie zum vorläufigen Abschluss bringen. Konkret stellen wir unter anderem folgende Fragen für die Klärung in den Mittelpunkt:

Wie ist der Militäreinsatz beziehungsweise der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine einzuschätzen? Ist er ein imperialistischer Angriff? Ist der Krieg imperialistisch, weil Russland ein imperialistisches Land ist? Ist der Krieg eine Verteidigungsmaßnahme? Gibt es bei diesem Militäreinsatz eine Überschneidung mit den Interessen der Arbeiterklasse in Russland, in der Ukraine und international? Wie muss sich demnach die Arbeiterklasse in Russland, in der Ukraine, in Deutschland und im internationalen Maßstab zu dem Konflikt klassenkämpferisch positionieren?

In den kommenden Monaten wird die Klärung und ihre Organisation unser Handeln als Organisation bestimmen. Der vom 23. bis 25. September in Berlin stattfindende Kommunismus Kongress wird ein Zwischenstand unserer Klärung sein. Hierzu laden wir Kommunisten in Deutschland und international ein, sich zu beteiligen und produktiv an der Überwindung der ideologischen wie politischen Unklarheiten und Dissense zu arbeiten!

Wir sind uns einig, dass wir umfassend und ernsthaft an die Diskussionen herangehen müssen, da sonst – hinsichtlich des Dissenses – die Gefahr der fortschreitenden Lähmung oder sogar Zersplitterung droht. Wir setzen uns aber auch zum Ziel, durch die Klärung der Imperialismus- und Kriegsfrage in der Umsetzung des Kommunistischen Klärungsprozesses und im Aufbau der Kommunistischen Partei einen wesentlichen Schritt voranzukommen.

Ein weiterer, daran anknüpfender, Beschluss unserer Vollversammlung ist eine Aktionsorientierung gegen den deutschen Imperialismus als unseren Hauptfeind. Wir haben beschlossen, in der aktuellen Situation Aktionen gegen die Aufrüstung und Waffenlieferungen der BRD, gegen die Präsenz der NATO, gegen den Geschichtsrevisionismus, die Kriegshetze und den antirussischen Chauvinismus durchzuführen. Unseren Dissens in der Einschätzung der Militärintervention und der Rolle Russlands wollen wir dabei offen benennen und erklären, dass wir einen Klärungsprozess zu diesen Fragen organisieren.

Grußworte an die Vollversammlung

Auf unserer vierten VV konnten wir Vertreter der Kommunistischen Partei Schwedens (SKP) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) begrüßen. Im Namen ihrer Parteien hielten sie Grußworte an unsere Versammlung. Uns erreichten weitere Zuschriften der Kommunistischen Partei der Arbeiter Spaniens (PCTE) und der Marxistisch-Leninistischen Bewegung Alavanca aus Portugal. Alle Grußworte brachten das gemeinsame Bemühen zum Ausdruck, die Krise der kommunistischen Bewegung zu überwinden und der Arbeiterklasse in Zeiten massiver Angriffe auf ihre Lebensbedingungen eine Orientierung zu geben. Die Notwendigkeit des Klärungsprozesses, auch konkret in der Imperialismusfrage, wurde uns so noch einmal vor Augen geführt.

Wir möchten uns bei allen Organisationen, die mit Gästen an unserer Vollversammlung teilnahmen oder uns Grußworte zukommen ließen, bedanken.

Schließlich wählten wir auf der Vollversammlung auch eine neue Zentrale Leitung, die die Entwicklung und politische Führung der Gesamtorganisation auf Grundlage unserer gefassten Beschlüsse zur Aufgabe hat. Die alte

Zentrale Leitung legte Rechenschaft über ihre Arbeit in der vergangenen Legislatur ab und wurde entlastet.

Hinter uns liegt nun eine weitere Vollversammlung, auf der wir – anknüpfend an eine breite Diskussion – zentrale Beschlüsse für unseren Klärungs- und Aufbauprozess fassen konnten. In erster Linie fallen darunter die Thesen zum Aufbau der Kommunistischen Partei als unser Selbstverständnis und der Beschluss zur Klärung der Imperialismussfrage. Wir erkennen die Gefahren für unseren Prozess, die sich aus dem Dissens zu dieser Frage ergeben und ziehen daraus den Schluss, ihre Klärung im kommenden Jahr mit hoher Priorität und großer Ernsthaftigkeit anzugehen. Wir rufen alle Interessierten auf, sich in die Klärung einzubringen!

Aus der Leser/innen-Post

Lieber Genosse Willi Franke,

mit diesem Heft (Wie wir die kommunistische Bewegung...) hast Du wieder eine hervorragende Arbeit geleistet. Dafür besten Dank.

An dieser Stelle auch gleich wieder einen herzlichen Dank an Euch, Anna und Frank, dass ihr diese Arbeit als offen-siv Sonderheft heraus gebracht habt. Macht bitte weiter so! Bleibt zu wünschen, dass diese Arbeit in der kommunistischen "Bewegung" eine breite Leserschaft findet.

Mit kommunistischen Grüßen, Joachim

Guten Morgen Frank,

ich komme gerade aus spätschicht von arbeit und habe eure/unsere neue offensiv dabei fast durchgelesen. Das heft ist der hammer, frank. Ich finde mich oft wieder in den überlegungen und schilderungen von willi und werde am heftende bestimmt ne menge zum überlegen haben.

Auch ist es fantastisch offen, frisch und lebendig geschrieben und es spricht mich deshalb ungeheuer an, aber auch weil willi seine leser, also auch mich, mit "du" und ohne distanz anredet.

Es ist also ein heft, das unsere alltägliche arbeit mit und um unsere partei aufgreift und verbesserungsvorschläge gleich mitliefert, die zum nachdenken und nachmachen anregen. au man, frank, das heft wird bestimmt sehr hilfreich bei uns aufgenommen werden...

Mit kommunistischen grüßen,
jens

Lieber Frank,

ich möchte Dich bitten, die Zustellung der Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, offen-siv, an meine Adresse einzustellen.

Ich habe Eure Arbeit stets hoch geachtet und es war mir immer eine große Freude, alles mit innerer Anteilnahme zu lesen.

Das Augenlicht meiner Frau Gisela ließ schon längere Zeit kein Lesen mehr zu, und es waren schöne Stunden, wenn ich ihr den Inhalt vermitteln konnte. Nun habe ich einen unheilbaren Bauchspeicheldrüsenkrebs, der mir nur noch kurze Zeit zum Leben lässt.

Ich möchte mich von Dir und allen Genossen mit dem Wunsch verabschieden, dass Ihr Eure Arbeit erfolgreich fortsetzt und so viel wie möglich tut, um das Fernstudium weiter zu gestalten.

Euch allen viel Gesundheit.

Mit kommunistischem Gruß, Euer Heinz

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

